



Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubel- zone?	413
Internationale Schuldenkrise: Partielle Entspan- nung, mehr Problemfälle	433

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25/94

Berlin

23. Juni 1994

61. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone?

VIERTER ZUSATZBERICHT

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 21. Dezember 1993 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ fortzuführen. Die beteiligten Institute legen hiermit ihren vierten Zusatzbericht über die Wirtschaft Weißrußlands vor.

Mit diesem Bericht wird versucht, die in früheren Untersuchungen vorgenommene Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage Weißrußlands zu aktualisieren. Mittlerweile hat sich die im letzten Bericht getroffene Prognose bestätigt, daß der in den letzten Jahren unternommene Versuch, mit Hilfe einer strukturkonservierenden Politik den Status quo ante nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten, nicht länger durchgehalten werden kann. Seit Jahresbeginn hat sich der Rückgang der Produktion dramatisch beschleunigt. Die Analysen werden weiterhin durch die unzureichende und zum Teil inkonsistente statistische Berichterstattung erschwert, so daß immer noch erhebliche Informationslücken bestehen. Die Institute haben versucht, durch Konsultationen mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums und des Forschungsinstituts des Wirtschaftsministeriums diese Informationsdefizite zu beheben, jedoch bleiben beträchtliche Unsicherheiten über Stand und Verlauf des Transformationsprozesses bestehen.*

* Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 234/1994, IWH Forschungsreihe 4/1994.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Produktion, Investitionen, Preise

Seit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit war die weißrussische Regierung bestrebt, die bestehenden Produktionskapazitäten so weit wie möglich auszulasten, um negative Rückwirkungen des Transformationsprozesses auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu vermeiden. Das Ziel der Aufrechterhaltung von Produktion und Beschäftigung wurde vor allem mit Hilfe von Subventionen, umfassenden Staatsaufträgen und der staatlichen Steuerung des überwiegenden Teils der Investitionen verfolgt. Tatsächlich fiel der Rückgang von Produktion und Investitionen trotz der großen Abhängigkeit von den Wirtschaftsbeziehungen mit den übrigen Nachfolgestaaten der UdSSR in den letzten beiden Jahren geringer aus als in Rußland. Das Bruttoinlandsprodukt sank 1993 um 9 vH (1992: -10 vH)¹, das produzierte Nationaleinkommen um 10 vH (1992: -11 vH). Die Stützungsversuche mittels staatlicher Nachfrage konnten angesichts der nur zaghaften Reformversuche, des rückläufigen Handels mit den ehemaligen Sowjetrepubliken und der fehlenden Absatzmöglichkeiten für viele Güter längerfristig nicht erfolgreich sein, zumal sie von einer Beschleunigung der Inflation begleitet wurden. Im ersten Quartal 1994 ist das Scheitern dieser strukturkonservierenden Politik offenkundig geworden. Es kam zu einem drastischen Produktionseinbruch, das produzierte Nationaleinkommen ging gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 38 vH zurück (vgl. Tabelle 1).

Die Industrieproduktion sank nach offiziellen Angaben 1993 um 10 vH (1992: 9 vH). Wie bereits 1992 kam es in der Brennstoffindustrie, die vor allem russisches Erdöl weiterverarbeitet, zu einem besonders starken Produktionsrückgang (-41 vH; vgl. Tabelle 2). Stärker als im Durchschnitt verminderte sich auch die Produktion der Baustoffindustrie (-19 vH). Demgegenüber weist die Statistik für den Maschinenbau (+0,7 vH) und die Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie (+2,0 vH) für 1993 einen

kaum erklärlichen Produktionszuwachs auf. Angesichts der Tatsache, daß bei den meisten Erzeugnissen dieser beiden Branchen die mengenmäßige Produktion zurückging, liegt die Annahme einer unzureichenden Preisbereinigung nahe. Die Verfälschung der Produktionsstatistik durch versteckte Preiserhöhungen war schon ein chronisches Problem in der Sowjetunion, insbesondere in den Angaben über die verarbeitenden Industriezweige. Für den Maschinenbau wird die Vermutung von Manipulationen in der Produktionsstatistik zudem dadurch verstärkt, daß sich in der Produktion dieses Industriezweigs erklärtermaßen der Anteil von modernen, technisch hochwertigen Investitionsgütern verringert hat².

¹ Angesichts der wesentlich deutlicheren Einbrüche bei Investitionen und Einzelhandelsumsatz erscheint der vergleichsweise geringe Rückgang des BIP allerdings fragwürdig.

² Besonders auffällig zeigt sich die Diskrepanz zwischen wert- und mengenmäßiger Produktionsentwicklung 1993 am Beispiel der weißrussischen Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie, wo ungeachtet des ausgewiesenen Produktionszuwachses in „konstanten“ Preisen die mengenmäßige Produktion nahezu aller wichtiger Erzeugnisse deutlich zurückging, darunter bei Papier um 51 vH, Pappe um 22 vH, Holzfaserplatten um 2 vH, Schnittholz um 12 vH und Furnierplattensperrholz um 19 vH. Ähnliche Ungereimtheiten lassen sich auch für die Produktionsstatistiken im Maschinenbau und der Metallverarbeitung konstatieren. Die mengenmäßige Produktion von Investitionsgütern war hier durchweg rückläufig, wobei bezeichnend ist, daß der Produktionsrückgang bei Gesenkschmiedemaschinen mengenmäßig 62 vH betrug, wertmäßig aber nur 23 vH. Bei einigen Haushaltsgeräten und langlebigen Konsumgütern wurden zwar Produktionszuwächse verzeichnet, jedoch waren diese lediglich auf die Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion zurückzuführen. Diese Produktionszuwächse wurden somit durch eine sinkende Erzeugung von Rüstungsgütern kompensiert, deren Anteil an der Produktion der ehemaligen Rüstungsbetriebe Ende 1993 nur noch 8 vH betrug. Vgl. Gosudarstvennyj komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu: Osnovnye itogi narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v 1993 godu. Minsk 1994, S. 7 ff.; Gosudarstvennyj komitet po ekonomike i planirovaniju Respubliki Belarus'. Naucyno-issledovatel'skij ekonomičeskij institut (NIEI): Analitičeskij doklad o funkcionirovanii ekonomiki Belarusi v 1993 godu i ožidaemych izmenenijach v social'no-ekonomičeskich procesach. Minsk 1993, S. 91 ff.

Tabelle 1

Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	I. Q. 1994
Indikatoren in konstanten Preisen					
Produziertes Nationaleinkommen	-3,2	-3,0	-11,0	-10,0	-38,0
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-1,0	-10,0	-9,0	.
Industrieproduktion	2,1	-1,5	-9,4	-10,0	-34,7
Agrarproduktion	-8,7	-4,9	-10,0	1,5	-4,0
Investitionen	9,0	-8,0	-15,0	-13,0	-29,0
Einzelhandelsumsatz	14,7	-0,5	-26,0	-21,0	-47,0
Dienstleistungen	6,3	-15,7	-28,0	-30,0	-12,0
Nominale Indikatoren					
Einkommen, Jahresdurchschnitt	17,7	92,0	720,0	1 229,0	1 484,0
Einzelhandelspreise, Jahresdurchschnitt	4,5	80,0	1 020,0	1 576,8	2 306,0
<i>Quellen:</i> Nationale Statistiken und eigene Berechnungen.					

Tabelle 2

Industrieproduktion in konstanten Preisen nach Industriebereichen
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1991	1992	1993	I. Q. 1994
Industrie, insgesamt	-1,0	-9,4	-10,0	-34,7
Elektroenergieerzeugung	0,3	-3,4	-11,5	-15,2
Brennstoffindustrie	-6,0	-43,3	-41,3	-59,3
Eisen- und Stahlindustrie	13,0	-14,9	-12,0	-29,1
Chemie und Petrochemie	-7,0	-15,7	-9,5	-39,7
Maschinenbau und Metallverarbeitung	4,0	-9,2	0,7	-38,4
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	4,0	-6,0	2,0	-32,9
Baustoffindustrie	0,2	-3,8	-18,6	-47,0
Leichtindustrie	-0,1	3,7	-1,7	-43,6
Nahrungsmittelindustrie	-10,0	-17,6	-2,8	-19,5

Quellen: Nationale Statistiken und eigene Berechnungen.

Für das erste Quartal 1994 verzeichnet die Statistik gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode einen Rückgang der Industrieproduktion von 35 vH. Am stärksten sank die Produktion in der Brennstoffindustrie (-59 vH), in der Baustoffindustrie (-47 vH) sowie in der Leichtindustrie (-44 vH). Im Maschinenbau (-38 vH) ging insbesondere die stark von Exporten nach Rußland abhängige Produktion der Automobilindustrie (-43 vH) und des Traktoren- und Landmaschinenbaus (-45 vH) zurück. Die Produktion der chemischen und petrochemischen Industrie (-40 vH) wurde stark durch Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung beeinträchtigt³.

In der Landwirtschaft konnte 1993 erstmals seit 1989 ein Produktionszuwachs (+1,5 vH) erzielt werden. Er war auf erhöhte Ernteerträge in der pflanzlichen Produktion (+13 vH) zurückzuführen (Getreide: +4 vH; Kartoffeln: +30 vH; Zuckerrüben: +40 vH; Gemüse: +24 vH; Obst: +68 vH). Bei den tierischen Erzeugnissen (-8 vH) sank die Produktion von Fleisch (-14 vH) und Milch (-5 vH), während die Erzeugung von Eiern konstant blieb⁴. Nach wie vor dominieren die Kolchosen und Sowchosen in der Landwirtschaft, der Anteil der Privatbauern („Farmer“) an der landwirtschaftlichen Produktion lag Ende 1993 lediglich bei 0,5 vH⁵. Eine beträchtliche Hypothek für die weißrussische Landwirtschaft bleiben die Folgewirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl. Etwa ein Viertel der Gesamtfläche des Landes ist stark radioaktiv belastet, so daß erhebliche Mittel aufgewendet werden müssen, um die Bevölkerung der am stärksten betroffenen Regionen mit relativ unbelasteten Nahrungsmitteln zu versorgen⁶.

Die Investitionen sanken 1993 um 13 vH, die Investitionsquote betrug 17 vH des Bruttoinlandsprodukts. Die Angaben über die Investitionsstruktur sind außerordentlich lückenhaft. Etwa 55 vH der Investitionen entfielen auf den produzierenden Bereich, zu dem in der Statistik auch der Verkehrssektor und das Nachrichtenwesen gezählt werden, der Anteil des Wohnungsbaus am Investitionsvolumen lag bei 25 vH. Überdurchschnittlich zurückge-

gangen sind 1993 die Investitionen in einigen Industriezweigen, so der Leichtindustrie (-48 vH), der Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie (-37 vH) und der chemischen und petrochemischen Industrie (-18 vH)⁷. Im ersten Quartal 1994 lagen die Investitionen um 29 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums⁸.

Die von der weißrussischen Regierung verfolgte Politik, in einer stark außenhandelsabhängigen Wirtschaft unter den Bedingungen schrumpfender Beschaffungs- und Absatzmärkte mit Hilfe von Subventionen und Staatsaufträgen Produktion und Beschäftigung nach Möglichkeit konstant zu halten, mußte notwendigerweise alle Bemühungen zunichte machen, das Inflationstempo zu bremsen. Der Anstieg der industriellen Verkaufspreise in Weißrußland im Jahresverlauf 1993 lag vielmal so hoch wie die entsprechenden Preissteigerungen in Rußland, der Anstieg der Verbraucherpreise dreimal so hoch. Im vierten Quartal 1993 erreichten die Inflationsraten in Weißrußland die Grenze zur Hyperinflation (vgl. Tabelle 3).

Die Verkaufspreise der Industrie an den Großhandel lagen im Dezember 1993 um 3 900 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Am stärksten sind 1993 die Preise der Baustoffindustrie (+5 500 vH), der Glasindustrie (+5 100 vH), der Chemieindustrie (+4 600 vH) sowie die Stromtarife (+4 200 vH) gestiegen. Die administrierten Preise für Brennstoffe, die im Jahresverlauf 1992 mit mehr als 20 000 vH den bei weitem

³ Vgl. Gosudarstvennyj komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — marte 1994 goda. Minsk 1994, S. 8 ff. und 50 ff.

⁴ Vgl. Osnovnye itogi..., a.a.O., S. 2 und 16 ff.

⁵ Vgl. Analitičeskij doklad..., a.a.O., S. 107.

⁶ Vgl. Analitičeskij doklad..., a.a.O., S. 148 ff.

⁷ Vgl. Osnovnye itogi..., a.a.O., S. 3 und 30 f.; Analitičeskij doklad..., a.a.O., S. 67.

⁸ Vgl. O rabote..., a.a.O., S. 7 und 19.

Tabelle 3

Preisentwicklung 1993 und I. Quartal 1994
Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH

	Erzeugerpreise der Industrie	Verbraucher- preise
1993		
Januar	35,7	25,0
Februar	42,0	35,9
März	29,7	30,7
April	29,6	29,2
Mai	23,4	21,6
Juni	16,4	23,9
Juli	21,7	18,3
August	36,9	23,1
September	33,4	36,0
Oktober	58,7	47,6
November	63,8	49,1
Dezember	47,6	52,4
1994		
Januar	40,0	41,8
Februar	18,6	22,6
März	9,1	10,6
Quellen: Nationale Statistiken und eigene Berechnungen.		

höchsten Anstieg verzeichneten, erhöhten sich 1993 (+ 3 300 vH) etwas geringer als im Durchschnitt. Im Verlauf des ersten Quartals 1994 stiegen die industriellen Großhandelspreise um 80 vH, wobei die Mühlenindustrie (+170 vH) und die Nahrungsmittelindustrie (+100 vH) den höchsten Preisanstieg aufwiesen, die Brennstoffindustrie (+23 vH) den geringsten. Im Vorjahresvergleich lag der

Preisanstieg im März 1994 mit 2 800 vH bedeutend niedriger als zum Jahresende 1993 (vgl. Tabelle 4)⁹.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wird von der Statistik nur unvollständig erfaßt. Regelmäßiger Bestandteil der statistischen Berichterstattung sind nur die Preise für Agrarprodukte auf den städtischen Märkten, die im Dezember 1993 um 3 300 vH und im März 1994 um 2 400 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats lagen¹⁰. Insgesamt ist nach offiziellen Angaben aber im Jahresdurchschnitt 1993 der Anstieg der durchschnittlichen Erzeugerpreise der Landwirtschaft bei den meisten Agrarprodukten geringer ausgefallen als die Erhöhung der Produktionskosten. Der dadurch entstehende Anpassungsdruck ist allerdings in erheblichem Maße durch staatliche Subventionen gemildert worden.

Die Verbraucherpreise lagen im Jahresdurchschnitt 1993 um 1 600 vH über dem Vorjahresniveau, im Jahresverlauf (Dezember 1993 zu Dezember 1992) stiegen sie um 2 800 vH (Nahrungsmittel: +2 600 vH; übrige Konsumgüter: +3 100 vH; Dienstleistungen: +2 400 vH). Die Teuerung blieb damit deutlich hinter dem Anstieg der industriellen Erzeugerpreise zurück, worin zum Ausdruck kommt, daß die Regierung auch 1993 bemüht war, inflationsbedingte Verteilungswirkungen durch Preissubventionen abzumildern. Die höchsten monatlichen Inflationsraten wurden im letzten Quartal mit jeweils etwa 50 vH verzeichnet. Im ersten Quartal 1994 schwächte sich der Preisauftrieb ab, im Quartalsverlauf stiegen die Verbraucherpreise insgesamt um 92 vH (Januar: +41,8 vH; Februar: +22,6 vH; März: +10,6 vH). Im März 1994 lag das

⁹ Vgl. Osnovnye itogi..., a.a.O., S. 47; O rabote..., a.a.O., S. 95.

¹⁰ Vgl. Osnovnye itogi..., a.a.O., S. 49; O rabote..., a.a.O., S. 98.

Tabelle 4

Entwicklung der Verkaufspreise der Industrie nach Branchen
Durchschnitt der Basisperiode jeweils = 100

	1992 zu 1991	Dez. 1992 zu Dez. 1991	Dez. 1993 zu Dez. 1992	März 1994 zu März 1993	März 1994 zu Dez. 1993
Industrie, insgesamt	2 465	4 191	3 968	2 876	181,1
Elektroenergieerzeugung	3 553	8 543	4 305	2 092	149,4
Brennstoffindustrie	6 706	21 830	3 430	2 363	123,6
Eisen- und Stahlindustrie	4 039	5 395	3 410	1 982	180,3
Chemieindustrie	3 629	5 680	4 727	2 395	148,6
Petrochemie	2 626	5 875	3 822	1 989	165,5
Maschinenbau	2 745	3 413	2 679	1 809	180,8
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	1 929	2 659	4 238	2 864	177,3
Baustoffindustrie	2 496	4 478	5 620	2 641	151,0
Glasindustrie	1 623	1 712	5 224	2 465	134,6
Leichtindustrie	1 266	1 847	4 022	2 651	176,5
Nahrungsmittelindustrie	1 191	2 148	3 984	4 171	203,1
Mühlenindustrie	2 476	8 635	1 777	3 129	268,6
Futtermittelindustrie	2 047	4 492	1 765	1 498	199,5
Quellen: Nationale Statistiken und eigene Berechnungen.					

Niveau der Verbraucherpreise um 2 100 vH höher als zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (Nahrungsmittel: + 2 500 vH; übrige Konsumgüter: +1 700 vH; Dienstleistungen: +1 800 vH)¹¹.

Einkommen, Löhne und Beschäftigung

Im letzten Bericht wurde konstatiert, daß im Zeitraum Januar bis Juli 1993 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres rechnerisch ein Realeinkommenszuwachs von 15 vH und im Verlauf von Januar bis August kein Realeinkommensverlust eingetreten war¹². Für das gesamte Jahr 1993 zeigt sich demgegenüber ein anderes Bild. Bei einer Inflationsrate von 1 576 vH und einem Anstieg der Geldeinnahmen von 1 229 vH sind die Realeinkommen im vergangenen Jahr um durchschnittlich 21 vH gegenüber 1992 gesunken. Die Reallöhne sind dagegen um 28 vH zurückgegangen. Diese Entwicklung trat erst in der zweiten Jahreshälfte ein. Im Dezembervergleich 1993 zu 1992 sind die realen Geldeinkommen auf etwa 51 vH und die Reallöhne auf etwa 46 vH gefallen. Diese Differenz impliziert einen überdurchschnittlichen Anstieg der nominalen Transferleistungen. Zu der Realeinkommensentwicklung paßt der überdurchschnittliche Rückgang der Einzelhandelssätze (vgl. Tabelle 1). Einkommensrückgänge haben offensichtlich zu Einschränkungen des Konsums geführt.

Das Ziel der Lohnpolitik war es, das durchschnittliche Nominallohnwachstum auf 70 vH der Inflationsrate zu begrenzen. Das sollte vor allem durch eine allgemeine verbindliche Festsetzung von Mindestlöhnen, durch eine Indexierung der unteren Einkommensgruppen in den haushaltsfinanzierten Einrichtungen und durch eine

Tabelle 6

Entwicklung der realen Löhne und Geldeinkommen 1993
Januar 1993 = 100

Monat	Reallöhne	reale Geldeinkommen
Februar	92,5	109,0
März	82,3	97,2
April	79,5	98,8
Mai	73,8	95,2
Juni	83,5	102,6
Juli	79,2	116,7
August	86,5	100,6
September	72,6	97,2
Oktober	72,6	87,6
November	62,5	78,5
Dezember	54,7	74,8

Quelle: Arbeitsmaterial des NIEI, eigene Berechnungen.

Besteuerung übermäßigen Lohnzuwachses in den nicht regulierten Sektoren der Wirtschaft erreicht werden. Die Indexierung erwies sich erkennbar als unwirksam. So sind die Durchschnittslöhne in einigen haushaltsfinanzierten Einrichtungen überdurchschnittlich gestiegen. Gleichwohl sind die Reallöhne in der gesamten Wirtschaft um 28 vH

¹¹ Vgl. Osnovnye itogi..., a.a.O., S. 44 ff.; O rabote..., a.a.O., S. 91.

¹² Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Systemtransformation durch Annäherung an Rußland? Dritter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1993. Dieser Bericht wurde auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 222/1993 und IWH Forschungsreihe 8/1993.

Tabelle 5

Monatliche Lohn- und Mindestrentenentwicklung 1993 und 1994

Monat	Durchschnittslohn	Vormonat	Mindestlohn		Mindestaltersrente
	in Rubel	= 100	in Rubel	in vH des Durchschnittslohnes	in Rubel
Januar 1993	13 728	111	3 000	22	3 000
Februar	17 325	126	3 000	17	3 750
März	20 119	116	3 000	15	3 750
April	24 937	124	4 500	18	5 625
Mai	28 074	113	4 500	16	5 625
Juni	39 399	140	6 600	17	8 250
Juli	44 234	112	6 600	15	9 240
August	58 041	131	9 000	16	12 600
September	67 331	116	9 000	13	13 500
Oktober	99 879	148	15 000	15	21 000
November	129 132	129	20 000	15	28 000
Dezember	162 480	126	20 000	12	30 000
Januar 1994	188 469	116	30 000	16	42 000
Februar	204 379	108	30 000	15	48 000

Quellen: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'-dekabr' 1993 goda, S. 35, Osnovnye itogi raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v 1993 godu, S. 50, O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — fevrale 1994 goda, janvare — marte 1994 goda, eigene Berechnungen.

Tabelle 7

Lohnentwicklung und -strukturen nach Branchen

	Durchschnittslohn		Struktur	
	Dez. 1993 in Rubel	1993 zu 1992 Jahresdurch- schnittswerte 1992 = 100	Dez. 1992	Dez. 1993
Insgesamt	162 500	1 200	100	100
Industrie	174 000	1 160	106	107
Landwirtschaft	150 200	1 200	101	92
Transport	196 700	1 220	103	121
Fernmeldewesen	134 800	1 290	77	83
Baugewerbe	212 000	1 270	120	130
Handel, Gaststätten	150 600	1 340	71	93
Gesundheitswesen	115 300	1 190	89	71
Bildung	117 700	1 150	94	72
Kultur	105 800	1 220	77	65
Wissenschaft u. wissenschaftliche Dienstleistungen	166 300	1 360	97	102
Banken	408 200	1 270	221	251
Verwaltung von Staat und Wirtschaft	152 100	1 290	93	94

Quellen: Osnovnie itogi raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v 1993 godu, S. 50, eigene Berechnungen.

gefallen, was den Vorgaben der Lohnpolitik entsprach. Dafür waren die schwächere Nominallohnentwicklung in einigen nicht regulierten Bereichen und die Entwicklung der Mindestlöhne verantwortlich. Dieser Trend setzte sich erst in der zweiten Jahreshälfte durch (vgl. Tabellen 5 und 6). Im Dezember 1993 waren die Reallöhne auf etwa 55 vH des Januarniveaus gesunken. Die Mindestlöhne wuchsen von Januar bis Dezember nur um das 5,7fache, während der Durchschnittslohn um mehr als das 11fache zunahm. Dadurch sank das Verhältnis des Mindestlohnes zum Durchschnittslohn von 22 vH im Januar 1993 auf nur noch 12 vH im Dezember und erholte sich bis Februar 1994 nur leicht auf 15 vH.

Die Struktur der Löhne hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Nach wie vor werden im Bankgewerbe wegen der hohen Dynamik der letzten Jahre mit weitem Abstand die höchsten Löhne gezahlt. Es folgen das Bau- und Transportgewerbe. Abgesunken sind die relativen Löhne in der Landwirtschaft, wo wegen einer Verschlechterung der finanziellen Situation der Spielraum für Lohnerhöhungen geringer war. Gesunken sind auch die relativen Löhne im Gesundheits- und Bildungswesen sowie in den Kultureinrichtungen, die traditionell immer an der unteren Einkommensgrenze lagen (vgl. Tabelle 7).

Auf den Arbeitsmarkt hat sich der Rückgang der Produktion noch nicht spürbar ausgewirkt. Bei einem Rückgang

Tabelle 8

Beschäftigte, Arbeitslose, offene Stellen

	Dezember 1992	Dezember 1993	März 1994
Beschäftigte in Tausend	4 900	4 700	—
Arbeitslose	24 000	66 200	81 800
Arbeitslosenquote in vH ¹⁾	0,5	1,4	1,7
Offene Stellen	18 200	12 500	13 700

¹⁾ Bezogen auf die Beschäftigten in der Volkswirtschaft.
Quellen: Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar' — dekabr' 1992 goda, S. 49, Osnovnye pokazateli v 1993 godu, S. 51, O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — marte 1994 goda, S. 43.

der gesamtwirtschaftlichen Leistung von 9 vH hat sich die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr nur um 3,2 vH verringert. Für das produzierende Gewerbe wird ein Rückgang von 4,7 vH berichtet, während die Zahl der Beschäftigten in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen um 20,2 vH und in den Wissenschaftseinrichtungen um fast 12 vH gegenüber 1992 zurückging¹³. Auf dem Arbeitsmarkt fanden 1993 fast 630 000 Personen eine neue Beschäftigung, jedoch wurden über die Arbeitsämter nur etwa 100 000 Arbeitssuchende vermittelt. Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquote betrug zum Jahresende 1993 1,4 vH, gegenüber 0,5 vH im Vorjahr (vgl. Tabelle 8). Bis Ende März 1994 erhöhte sich die Zahl der anerkannten Arbeitslosen (Personen, die länger als drei Monate ohne Arbeit waren) auf 81 800 Personen, das entspricht einer Quote von etwa 1,7 vH¹⁴. Produktionsunterbrechungen haben bislang fast keine Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitslosen. Die Betriebe hielten mit Verkürzung der Arbeitszeit und Zwangsurlaub die Beschäftigung formal weitgehend aufrecht. Allein im Dezember mußten 125 800 Personen unbezahlten Zwangsurlaub nehmen. Die Produktionsunterbrechungen haben sich im ersten Quartal 1994 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum vervielfacht. Sie entsprachen der Beschäftigung von vergleichsweise 162 600 Personen (etwa 15 vH der Beschäftigten der Industrie)¹⁵. Die Anzahl der offenen Stellen hat sich gegenüber dem Jahresanfang 1993 weiter verringert. Ende März überstieg die Zahl der arbeitslosen Personen die der offenen Stellen um das Sechsfache.

Das Beschäftigungsprogramm der Regierung für 1994¹⁶ sieht vor, daß

- die Leistungen der Arbeitsämter, der Arbeitsvermittlung und die Umschulungen verbessert bzw. ausgeweitet werden,
- die Betriebe zur Schaffung neuer sowie zum Erhalt bestehender Arbeitsplätze Vorzugskredite erhalten können,
- Arbeitslosen durch Darlehen die Aufnahme einer unternehmerischen Tätigkeit erleichtert wird und
- Zentren zur Unterstützung des kleinen Unternehmertums gefördert werden.

Damit strebt die Regierung offenbar auch für 1994 keine größere Umstrukturierung in der Beschäftigung an und erwartet, eine Umstrukturierung der Betriebe ohne gravierende Freisetzung von Arbeitskräften zu erreichen. Die Finanzierung der verdeckten Arbeitslosigkeit erschwert jedoch die marktwirtschaftliche Anpassung der Betriebe.

Öffentliche Haushalte

Über die Entwicklung des öffentlichen Sektors bestehen weiterhin erhebliche Unsicherheiten. Zwar liegen erstmals seit Beginn der Weißrußland-Berichterstattung aggregierte Zeitreihen über die Entwicklung des konsolidierten Haushalts¹⁷ vor. Jedoch muß berücksichtigt werden, daß in Anbetracht des geringen Zeitabstandes zwischen dem

Abschluß des Berichtszeitraumes und dem Vorliegen der entsprechenden Daten diese einer — möglicherweise erheblichen — Revision bedürfen. Zudem bestehen Informationsdefizite über die Finanzlage und Funktionsweise der wichtigen außerbudgetären Fonds. Unter diesen Umständen täuscht das Volumen des Budgets nicht nur über das Ausmaß der tatsächlichen Staatsaktivität, sondern auch über die wahre Defizit- und Verschuldungssituation des öffentlichen Sektors hinweg. Indes läßt sich aus den vorhandenen Daten kein grundlegender Wandel der finanzpolitischen Ausrichtung feststellen. Nach wie vor dominieren distributive Absichten über stabilisierungsorientierte Ansätze; allerdings wird der verteilungspolitische Handlungsspielraum zusehends enger.

Inflations- und krisenbedingt sowie aufgrund steuerrechtlicher Änderungen gingen die Einnahmen des konsolidierten Haushalts 1993 im Vergleich zum Vorjahr real um etwa 25 vH zurück; ihr Anteil am BIP betrug etwa 28 vH (1992: 31 vH)¹⁸. Dieser Trend setzte sich im ersten Quartal 1994 fort. Der Wandel der Einnahmestruktur 1993 im Vergleich zum Vorjahr reflektiert vor allem die Senkung des Mehrwertsteuersatzes zu Jahresbeginn (vgl. Tabelle 9). Wichtigste Einnahmequelle des konsolidierten Haushalts war 1993 die Gewinnsteuer (29 vH der Gesamteinnahmen), gefolgt von der Mehrwertsteuer (28 vH), den Akzisen (12 vH), der „Tschernobylsteuer“ (8 vH) und der Einkommensteuer (7 vH). Diese Entwicklung — zunehmendes Gewicht des Gewinnsteueraufkommens bei abnehmender Bedeutung der Mehrwertsteuer — wird seit Jahresbeginn 1994 durch eine weitere Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf nunmehr 20 vH verstärkt¹⁹. In dieser steuerpolitischen Entscheidung spiegelt sich das finanzpolitische Grundverständnis: Einer auf Entlastung des Endverbrauchers zielenden Steuersenkung wird der Vorrang vor einer Reduktion der Abgabenlast des Unternehmenssektors gegeben, die wegen der Abführungen in die zahlreichen außerbudgetären Fonds in ihrer Summe erheblich über der Gewinnsteuerbelastung liegt²⁰. Die im aktuellen Haushaltsentwurf vorgesehene Bedeutungsstei-

¹³ Vgl.: Programma zanjatosti naselenija Respubliki Belarus' na 1994 god ot 15. fevralja 1994. Postanovlenie sovet ministrov Respubliki Belarus' ot 14. fevralja 1994, Nr. 79.

¹⁴ Vgl.: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus v janvare — marte 1994, S. 43.

¹⁵ Vgl.: O rabote v janvare — marte ..., S. 12.

¹⁶ Programma zanjatosti naselenija Respubliki Belarus' na 1994 god.

¹⁷ Im „Konsolidierten Haushalt“ werden der Republikhaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften zusammengefaßt; nicht einbezogen werden die zahlreichen außerbudgetären Fonds.

¹⁸ In diese Quote gehen indes nicht die Abgaben ein, die zur Finanzierung der diversen außerbudgetären Fonds dienen. Nach Arbeitsunterlagen des NIEL erreichten die Einzahlungen in die diversen Fonds 1993 etwa die Größenordnung von 17 vH des BIP.

¹⁹ Vgl. Čalavek i ekanomika, Nr. 1/1994, S. 17 f.

²⁰ Vgl. Analitičeskij doklad ..., a.a.O., S. 51 f.

Tabelle 9

Konsolidierter Haushalt der Republik Weißrußland¹⁾
in Mrd. Rubel und in vH der Einnahmen bzw. der Ausgaben

	1992	1993					1994	
	Jahr	Q I	Q II	Q III	Q IV	Jahr	Q I	Haushalts-entwurf
Einnahmen								
Insgesamt in Mrd. Rubel	296,0	294,3	530,0	950,3	1 848,5	3 623,1	3 850,9	13 923,0
Insgesamt in vH	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	28,0	28,0	27,4	27,5	27,6	25,7	23,2
Akzisen	8,9	14,0	14,1	11,2	11,7	12,1	11,9	21,4
Gewinnsteuer	25,6	24,2	28,4	28,6	30,7	29,3	29,8	28,8
Einkommensteuer	7,4	6,4	6,3	6,6	7,7	7,1	7,1	7,0
Tschernobylsteuer	8,4	7,3	7,0	7,6	8,1	7,7	6,0	4,6
Sonstige	12,6	20,1	16,2	18,6	14,3	16,2	19,5	14,9
Ausgaben								
Insgesamt in Mrd. Rubel	314,7	307,6	597,4	996,1	2 267,3	4 168,4	5 397,5	16 460,8
Insgesamt in vH	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,8	45,5	38,8	42,8	35,9	38,7	28,7	28,3
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	28,8	30,1	27,8	31,1	30,0	29,0	32,1
Wissenschaft	1,4	1,4	0,9	0,9	1,4	1,2	0,6	1,0
Tschernobylfolgen	12,6	8,2	10,6	10,5	9,3	9,7	6,2	9,7
Verteidigung	4,8	5,3	5,3	4,1	3,8	4,2	4,6	4,7
Rechtsorgane	3,0	4,5	4,0	3,4	3,3	3,5	3,4	3,8
Verwaltung	1,8	2,3	1,5	1,7	1,6	1,7	1,4	1,6
Innerer Schuldendienst	2,0	1,9	1,0	1,6	0,9	1,2	0,4	3,7
Sonstige	2,1	2,3	7,8	7,2	12,6	9,9	25,8	15,1
Defizit in Mrd. Rubel	18,6	13,3	67,4	45,8	418,8	545,3	1 546,5	2 537,8
Defizit in vH der Einnahmen	6,3	4,5	12,7	4,8	22,7	15,1	40,2	18,2
Defizit in vH der Ausgaben	5,9	4,3	11,3	4,6	18,5	13,1	28,7	15,4
Defizit in vH des BIP ²⁾	2,0	1,5	4,2	1,6	6,7	4,2	13,3	.
¹⁾ Im „Konsolidierten Haushalt“ werden der Republikshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften zusammengefaßt; nicht einbezogen werden die zahlreichen außerbudgetären Fonds. — ²⁾ Für 1994 Schätzung. <i>Quellen:</i> Nationale Statistiken und eigene Berechnungen.								

gerung der Akzisen könnte nur durch eine Ausweitung der Steuerbasis erreicht werden; dies steht im krassen Gegensatz zu den zu Jahresbeginn verfügbaren Senkungen einzelner Verbrauchsteuern und zur Entwicklung im ersten Quartal 1994²¹.

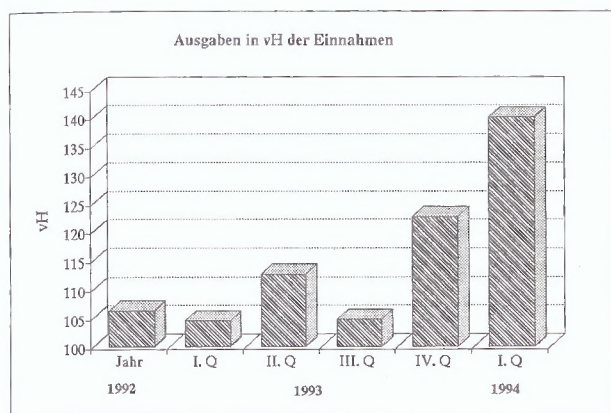
Im Jahre 1993 erfolgte eine drastische reale Ausgabenkürzung (17 vH), die die Ausgabenstruktur aber im wesentlichen unverändert ließ. Die Ausgabenstruktur wurde wie bereits in den Vorjahren von der Finanzierung der „Volkswirtschaft“ (39 vH der Gesamtausgaben) bestimmt, unter die vor allem an die Landwirtschaft geleistete Subventionszahlungen gefaßt werden²². Diesem Posten folgen die Ausgaben für Bildung, Kultur und Soziales (30 vH) und für die Beseitigung der Tschernobylfolgen (10 vH). Die geringfügige Bedeutungsabnahme des Postens „Volkswirtschaft“ wird im Jahresverlauf durch den Zuwachs der „Sonstigen

Ausgaben“ — unter die auch Teile der geleisteten Subventionen gefaßt werden — deutlich überkompensiert. Seit dem IV. Quartal 1993 zeichnen sich die Grenzen dieser an den rückläufigen Einnahmen orientierten Finanzpolitik ab. Explosionsartig überschießen die Ausgaben die Einnahmen im ersten Quartal 1994 (vgl. Schaubild 1). Verantwortlich für diese Entwicklung ist der außergewöhnliche Anstieg der „Sonstigen Ausgaben“, hinter denen sich in erster Linie haushaltsfinanzierte Zinssubventionen, vor allem für den Agrarsektor, verbergen; gleichzeitig nimmt der Anteil der zur Finanzierung der Volkswirtschaft verwandten Mittel ab, so daß der Eindruck einer teilweisen Ausgabenverschiebung entsteht.

²¹ Vgl. Čalavek i ekanomika, Nr. 1/1994. S. 20.

²² Vgl. Analitičeskij doklad ..., a.a.O., S. 40.

Schaubild 1



Das Defizit des konsolidierten Haushalts lag 1993 bei 4 vH des BIP. Dieses verblüffend niedrige Defizit scheint nicht nur auf die realen Ausgabenkürzungen zurückzuführen zu sein. Vielmehr sind daneben zwei Faktoren von Bedeutung: Erstens scheinen Ausgaben in erheblichem Maße in das Folgejahr verlagert worden zu sein. Darauf deutet die ausgabebedingte Defizitexpansion im ersten Quartal 1994 hin (13 vH des BIP)²³. Zweitens können die zahlreichen außerbudgetären Fonds der Beschönigung der Finanzsituation des öffentlichen Sektors dienen. Unter den Bedingungen eines nicht-existenten Kapitalmarktes wurde das ausgewiesene Defizit des konsolidierten Haushalts 1993 in erster Linie durch Zentralbankkredite zu extrem negativen Realzinsen gedeckt. Es ist zu erwarten, daß auch 1994 kein grundlegender Wandel der Defizitfinanzierung erfolgt²⁴; negative Realzinsen verhindern weiterhin die Entstehung von Kapitalmärkten, die eine Plazierung von Staatspapieren erlauben würden.

Die Defizitfinanzierung über die Notenpresse konterkariert jeden distributiven Anspruch und stabilisierungsorientierten Ansatz: Durch Transfers zunächst begünstigte Bevölkerungsgruppen werden sofort von der auf Geldhaltung erhobenen Inflationssteuer getroffen. Zudem führt die bestehende Subventionspraxis zu einer Umverteilung innerhalb des Unternehmenssektors zugunsten der Verlustbetriebe, denen aus sozialpolitischen Gründen ein Überleben zu sichern versucht wird. Die erheblichen Produktionseinbrüche zu Jahresbeginn und die starke Defizitexpansion deuten jedoch darauf hin, daß dieser finanzpolitische Kurs an seine Grenzen gestoßen ist. Geboten wäre eine Aufgabe der bestehenden Subventionspraxis. Freiwerdende Haushaltsmittel könnten dann einerseits zum Aufbau eines zur Entschärfung der verteilungspolitischen Konsequenzen des verzögerten Transformationsprozesses dringend benötigten sozialen Netzes genutzt werden. Andererseits würde möglicherweise ein Spielraum zur Senkung der Abgabenlast des Unternehmenssektors entstehen. Diese wäre sinnvoll, um der Investitionstätigkeit positive Impulse zu geben. Von weiteren Partialreformen des Steuerrechts dagegen ist abzuraten; sie belasten unbotmäßig die Steuerverwaltung und verbreitern eher die Basis zur Steuerhinterziehung.

Geld- und Währungspolitik

Das zentrale Thema der geld- und währungspolitischen Entwicklungen Ende 1993 und Anfang 1994 war die Frage nach der Errichtung einer neuen Rubelzone. Mit der Unterzeichnung des Abkommens über den Beitritt Weißrußlands zur Rubelzone ist diese Frage zugunsten einer Währungsunion gelöst worden, wenngleich die Einzelheiten der Währungsumstellung noch nicht vollständig geklärt sind. Bereits jetzt ist jedoch entschieden, daß die weißrussische Zentralbank ihre Eigenständigkeit verlieren und zu einer Zweigstelle der russischen Zentralbank werden wird, die dann auch ihre Aktiva und Passiva übernimmt. Bisher hat die weißrussische Zentralbank eine von Rußland unabhängige Geldpolitik verfolgt, so daß das Zustandekommen des Abkommens vor dem Hintergrund einer — selbst im Vergleich zu Rußland — extrem expansiven weißrussischen Geldpolitik gesehen werden muß. Diese hat in den vergangenen Monaten zu einem erheblichen Verfall sowohl des Binnen- als auch des Außenwerts des weißrussischen Rubel geführt.

Nachdem die weißrussische Zentralbank ihre Kreditvergabe in den ersten fünf Monaten des Jahres 1993 noch real zurückgenommen hatte, wuch sie in den Monaten Juni und August von diesem Kurs ab und steigerte die Kreditvergabe preisbereinigt um 37 bzw. 6 vH²⁵. Dies ist eine der Erklärungen für den starken Anstieg der Inflationsraten, die bis August 1993 mit 23 vH monatlich nur knapp über den russischen (22 vH) gelegen hatten, in den letzten vier Monaten des Jahres jedoch durchschnittlich 42 vH pro Monat erreichten (Rußland: 18 vH)²⁶. Damit stand Weißrußland zur Jahreswende am Beginn einer Hyperinflation. In den letzten beiden Quartalen des Jahres 1993 weitete die Zentralbank ihre Kredite in geringerem Maße aus, was den Rückgang der Inflation in den ersten Monaten von 1994 erklären dürfte.

Sowohl die Geldmenge M3 als auch die Bargeldmenge expandierten 1993 stärker als noch 1992²⁷; in Rußland war eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten (vgl. Tabelle 10). Im vierten Quartal ist zwar die Bargeldmenge

²³ Schätzung.

²⁴ Vgl. Čalavek i ekonomika, Nr. 1/1994. S. 41 f.

²⁵ Interne Arbeitsunterlagen des Wirtschaftsforschungsinstituts beim Wirtschaftsministerium der Republik Weißrußland.

²⁶ Ein weiterer Grund für den Anstieg der Inflationsrate in diesen Monaten ist die Freigabe administrierter Preise.

²⁷ Dies dürfte durch eine Erhöhung des Kreditschöpfungsmultiplikators zu erklären sein. Diese Hypothese läßt sich empirisch allerdings nicht überprüfen, da für die Zentralbankkredite in 1992 nur Netto-Angaben vorliegen. Für die Geldmenge M3 sowie für den Bargeldumlauf liegen für 1992 und die ersten beiden Quartale von 1993 erstmals Angaben des Internationalen Währungsfonds vor (vgl. International Monetary Fund [IMF]: International Financial Statistics — Supplement on Countries of the Former Soviet Union. Washington D.C. 1993, S. 10-13). Für die Angaben der letzten beiden Quartale von 1993 wurde auf interne Arbeitsunterlagen des NIEI zurückgegriffen.

Tabelle 10

Wachstumsraten der Geldmengenaggregate¹⁾, 1992 bis 1993
Veränderung gegenüber der Vorperiode in vH

	1992	1993	1993 Quartale			
			I	II	III	IV
Bargeld	704 (960)	1 197 (722)	99	151	107	26
M3 ²⁾	525 (655)	1 036 (415)	105	93	75	63
Zentralbankkredite	1 915 ³⁾ (2 355) ⁴⁾	450 (365) ⁴⁾	47	117	29	34
Bankkredite	648 (1 060)	629 (...)	80	56	87	39

1) In Klammern: Vergleichszahlen für Rußland; Angaben für Weißrußland bis April 1992 in russischen Rubeln, danach in weißrussischen Rubeln. — 2) Für Rußland: M2. — 3) Netto-Angaben. — 4) Nur inländische Komponente (ohne Kredite an GUS-Staaten).
Quelle: DIW, IfW, IWH: Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Vierter Bericht, Mai 1994; IMF: International Financial Statistics, 1993, S. 10-13. Interne Arbeitsunterlagen des NIEI; eigene Berechnungen.

weniger stark gestiegen als im Jahresverlauf, allerdings wurde, inoffiziellen Angaben zufolge, im ersten Quartal 1994 wieder eine Zuwachsrate von 100 vH erreicht²⁸. Somit hat sich die weißrussische Geldmengenentwicklung im Vorfeld der Währungsunion weitgehend von der russischen abgekoppelt.

Anders als in Rußland war die Rückführung der Kreditvergabe durch die Zentralbank nicht von einer Erhöhung der realen Zinsen begleitet. Zwar waren die Refinanzierungszinsen sukzessive von 60 vH Anfang 1993 auf 210 vH im Januar 1994 angehoben worden²⁹. Jedoch bedeutete dies bei einer monatlichen Inflationsrate von rund 40 vH eine negative reale Verzinsung von 16 vH im Monat. Zudem vergibt die weißrussische Zentralbank noch immer zinsgünstige, zentralisierte Kredite an die Regierung zu Jahreszinsen von 6,5 vH, an die Landwirtschaft (20 bis 100 vH) oder für Investitionszwecke (60 vH)³⁰.

Der Fortbestand zentralisierter Kredite hat eine Reihe negativer Auswirkungen auf die Effizienz des Banken- und Finanzsektors sowie für den allgemeinen Reformprozeß. Erstens werden zentralisierte Kredite nicht im Budget erfaßt, obwohl sie indirekte Subventionen an die Unternehmen darstellen. Sie erhöhen somit das quasi-fiskalische Defizit und müssen bei einer Konsolidierung der Staatsfinanzen berücksichtigt werden. Zweitens kann die Verwendung zentralisierter Kredite kaum überprüft werden. Die Mittel dürften vorwiegend konsumtiv eingesetzt werden und stehen für notwendige Investitionen nicht mehr zur Verfügung. Drittens dürfte ein großer Teil der zentralisierten Kredite nicht zurückgezahlt werden. Somit sind die Geschäftsbanken, die die zentralisierten Kredite weiterleiten, mit einem hohen Anteil potentiell notleidender Kredite belastet³¹. Zudem bestimmt die Zentralbank durch

die Vergabe zentralisierter Kredite zumindest teilweise die Zinspolitik der Geschäftsbanken, deren Kreditzinsen zwar von durchschnittlich 23,9 vH im ersten Quartal 1993 auf 136,4 vH im vierten Quartal angehoben wurden. Angesichts des beschleunigten Inflationstempos gerieten die durchschnittlichen Realzinsen aber immer stärker in den negativen Bereich. Ein anderes Bild ergibt sich bei der alleinigen Betrachtung der Zinsen auf nichtzentralisierte Kredite. Für diese Kredite verlangten die Geschäftsbanken im April 1994 Monatszinsen von 27 vH³². Unternehmen, die keinen Zugang zu zentralisierten Krediten haben, dürften sich somit zumindest zeitweise stark positiven Realzinsen gegenübersehen.

Die realen Einlagenzinsen waren im Jahresverlauf 1993 zunehmend in den negativen Bereich geraten; im vierten

²⁸ Vgl. Vereinigte Wirtschaftsdienste (VWD) — Osteuropa vom 27. April 1994, S. 6. Somit dürfte die Hortung von Bargeld in Erwartung der Währungsunion keine Erklärung für die gesunkene Inflationsrate im März 1994 sein.

²⁹ Vgl. IMF: International Financial Statistics ..., a.a.O., S. 10-13; Bankowskij Westnik, Januar 1994, S. 3-15.

³⁰ Diese Angaben beruhen auf internen Arbeitsunterlagen von Gosekonomplan.

³¹ Dies gilt besonders für die ehemalige Landwirtschaftsbank — die gemessen am Eigenkapital größte weißrussische Bank —, denn Kredite an den Agrarsektor machten in den ersten neun Monaten von 1993 rund 75 vH aller zentralisierten Kredite aus. Vgl. Analitičeskij doklad ..., a.a.O., S. 47.

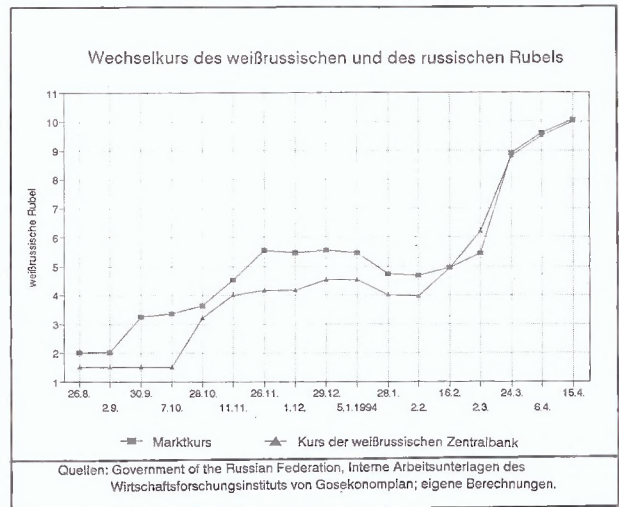
³² Für 1993 liegen keine Angaben über die Verzinsung von Dollar-Guthaben vor, im April 1994 wurden jedoch Zinssätze von 15 bis 30 vH jährlich erzielt. Dollarkredite wurden zu diesem Zeitpunkt zu Jahreszinsen von rund 35 vH vergeben. Vgl. Belorusskaja Delowaja Gazeta vom 18. April 1994, S. 6.

Quartal 1993 lag der durchschnittliche Einlagenzins auf Rubelkonten nominal bei nur 16,8 vH im Jahr³³. Dies bewirkte eine Umschichtung der Bankeinlagen hin zu höher verzinslichen Konten in ausländischer Währung, deren Verzinsung durchweg positiv gewesen sein dürfte. Somit sank der Anteil von Einlagen in Inlandswährung an der Geldmenge M3 von 81 vH (Ende 1992) auf 59 vH (Mitte 1993). Im selben Zeitraum stieg der Anteil von Konten in ausländischer Währung von 7 auf 27 vH³⁴. Diese Abnahme des Angebots an Ersparnissen in heimischer Währung hat sich angesichts der zunehmenden Inflationsraten vermutlich auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 fortgesetzt. Zumindest für neue Bankeinlagen dürfte sich die reale Verzinsung in den ersten Monaten von 1994 erhöht haben, denn auf neue Einlagen in weißrussischen Rubeln wurden im April 1994 Zinsen von maximal 280 vH gezahlt³⁵. Der Anteil des Bargeldes an M3 ist von 9 vH (1991) auf 11 vH (1992) und 15 vH (1993) gestiegen.

Neben der durch die Weiterleitung von zentralisierten Krediten entstehenden Belastung der Geschäftsbanken mit potentiell notleidenden Krediten behindert der hohe Konzentrationsgrad des Bankensektors eine effiziente Allokation von Ressourcen. Anfang 1994 hielten die drei (fünf) größten weißrussischen Banken 52 vH (70 vH) des gesamten Eigenkapitals der Banken. Zudem stellen die ehemaligen Spezialbanken drei der vier größten Banken Weißrußlands³⁶. Das bedeutet, daß diese staatlichen Banken eine zum Teil erhebliche Marktmacht haben. Erst seit März 1994 dürfen Banken in vollständig ausländischem Besitz gegründet werden³⁷, so daß ausländische Banken bisher lediglich mit drei Repräsentanzen und einer Zweigstelle einer ukrainischen Bank vertreten sind. Ein weiteres Hindernis für eine effiziente Kreditvergabe sind mangelnde rechtliche Rahmenbedingungen. In Weißrußland hat noch immer das aus sowjetischer Zeit stammende Bankengesetz Gültigkeit, so daß die Regelungen der Bankenaufsicht nicht westlichen Standards entsprechen. Selbst die weniger strengen weißrussischen Regelungen werden, Schätzungen zufolge, von rund 40 vH der Banken nicht eingehalten³⁸. Zudem fehlen klare Regelungen für die Stellung von Sicherheiten, wie sie etwa durch ein Pfandgesetz geschaffen werden könnten.

Sowohl im Vergleich zu ausländischen Währungen als auch zum russischen Rubel hat die weißrussische Währung, deren Kurs sich grundsätzlich frei am Markt bildet, im vergangenen Jahr nominal stark abgewertet. Die Abwertung gegenüber ausländischen Währungen blieb jedoch hinter der heimischen Preissteigerungsrate zurück, was eine reale Aufwertung bewirkte. Während Ende 1992 noch gut 500 weißrussische Rubel pro US-Dollar gezahlt werden mußten, waren dies Ende 1993 bereits 7 311 weißrussische Rubel³⁹. Anfang Januar 1994 gewann der weißrussische Rubel gegenüber dem Dollar leicht an Wert, da Spekulationen über einen günstigen Umtauschkurs im Zuge der Währungsunion mit Rußland vorübergehend zu einer erhöhten Nachfrage nach weißrussischen Rubel geführt

Schaubild 2



hatten⁴⁰. In der Folgezeit aber hat sich der Wertverfall des weißrussischen Rubel weiter beschleunigt, so daß im April 18 000 weißrussische Rubel für einen Dollar gezahlt wurden⁴¹. Der von der weißrussischen Zentralbank ermittelte offizielle Kurs zwischen weißrussischem und russischem Rubel hat sich seit Februar 1994 dem Marktkurs⁴² angenähert und lag Mitte April bei 10:1 (vgl. Schaubild 2). Dies dürfte auf die Verhandlungen über die bevorstehende Währungsunion und eine entsprechende Einflußnahme Rußlands zurückzuführen sein. Das Abkommen über die Vereinigung der Geldsysteme sieht nämlich vor, den Umtauschkurs unter anderem anhand der bilateralen Wechselkurse zum Dollar zu ermitteln⁴³. Bis Februar 1994 war der offizielle bilaterale Wechselkurs deutlich überbewertet gewesen. Das deutet darauf hin, daß dieser Kurs von der weißrussischen Zentralbank, etwa durch die Auswahl der am Devisenhandel beteiligten Banken, manipuliert wurde

³³ Lt. interner Arbeitsunterlagen des NIEI. In diesem Wert dürfte auch ein hoher Bestand an langlaufenden, niedrigverzinsten Konten enthalten sein.

³⁴ Vgl. IMF: International Financial Statistics ..., a.a.O., S. 10-13.

³⁵ Vgl. Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 18. April 1994, S. 6.

³⁶ Vgl. Deutsche Bank Research: Osteuropa auf Reformkurs — Weißrußland. Frankfurt a.M. 1994, S. 25.

³⁷ Vgl. Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 21. März 1994, S. 1.

³⁸ Vgl. Analitičeskij doklad ..., a.a.O., S. 53.

³⁹ Vgl. interne Arbeitsunterlagen des NIEI.

⁴⁰ Vgl. Alex Burda: Misty Unification of Currency. In: Minsk Economic News, 1994, S. 2.

⁴¹ Vgl. Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 18. April 1994, S. 3.

⁴² Als Marktkurs wird hier der Kurs bezeichnet, der sich aus den jeweiligen Wechselkursen zum US-Dollar ergibt.

⁴³ Vgl. Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 18. April 1994, S. 5.

und daher nicht den tatsächlichen Angebots- und Nachfrageverhältnissen entsprach⁴⁴.

Außenwirtschaftsbeziehungen und Zahlungsbilanz

Das Außenhandelsvolumen Weißrußlands mit den Neuen Unabhängigen Staaten ist 1993 verglichen mit dem Vorjahr weiter gesunken (vgl. Tabelle 11)⁴⁵. Hauptursache war bei den Importen die Verschlechterung der weißrussischen Terms of Trade infolge der schrittweisen Anpassung der Preise für aus Rußland importierte Energieträger an das Weltmarktniveau. Bei den Exporten spielte neben der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den übrigen Nachfolgestaaten offenbar auch die sinkende Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien in Weißrußland eine Rolle. Deren russische Konkurrenten konnten Energieträger zu den weitaus niedrigeren russischen Inlandspreisen beziehen⁴⁶. Die bilateralen Handelsverträge, die Weißrußland mit allen Neuen Unabhängigen Staaten abgeschlossenen hatte, hatten nur geringe Bindungswirkung. Nach unveröffentlichten Arbeitsunter-

⁴⁴ Zudem wird die Nachfrage nach weißrussischen Rubeln dadurch hochgehalten, daß weißrussische Exporteure nur über die Verwendung der Hälfte ihrer Deviseneinnahmen frei bestimmen können. 20 vH der Einnahmen müssen an einen staatlichen Valutafonds abgeführt werden, 20 vH an der Devisenbörse verkauft werden und 10 vH unterliegen einer Devisenbesteuerung. Vgl. Waldemar Lichter: Weißrußland am Jahreswechsel 1993/94. In: Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Wirtschaftslage, Nr. 2287/1994. Köln, S. 4. Alex Burda: Money, Money. In: Minsk Economic News, 1994, S. 1.

⁴⁵ Eine genauere Aussage lassen die aus Angaben in weißrussischen Rubeln errechneten Zahlungsbilanzdaten nicht zu. Wegen der erheblichen Verschiebungen bei den relativen Preisen kann nicht vorausgesetzt werden, daß die zugrundegelegten jahresdurchschnittlichen Wechselkurse die Preisänderungen hinreichend widerspiegeln. Auch der Handelsbilanzsaldo ist wegen der fortbestehenden Bilateralisierung des zwischenstaatlichen Handels nur bedingt aussagekräftig. Das Handelsbilanzdefizit gegenüber Rußland, das nicht durch die weißrussischen Überschüsse gegenüber den meisten anderen Neuen Unabhängigen Staaten ausgeglichen werden kann, dürfte deutlich über 346 Mill. US-Dollar gelegen haben.

⁴⁶ Eine ausführliche Analyse der Ursachen des Rückgangs des zwischenstaatlichen Handels findet sich im dritten Zusatzbericht der Institute. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., a.a.O.

Tabelle 11

Zahlungsbilanz Weißrußlands 1992 und 1993 in Mill. US-Dollar

	Neue Unabhängige Staaten und Baltikum			Drittländer		
	1992 ¹⁾	1993 ²⁾	Jan./Febr. 1994 ³⁾	1992	1993	Jan./Febr. 1994
Außenhandel	-246,1	-346,3	-28,0	289,2	-158,2	-53,1
Exporte	2 498,0	1 025,9	194,5	1081,9	837,5	117,9
Importe	-2 744,1	-1 372,3	-222,5	-792,7	-995,7	-171,0
Dienstleistungen einschl. Faktoreinkommen	28,3	51,8	11,3	-15,8	-11,1	-9,1
Übertragungen	29,6	0,8	2,9	45,8	59,1	9,5
Saldo der Leistungsbilanz	-188,2	-293,7	-13,8	319,2	-110,2	-52,7
Direktinvestitionen	—	—	—	7,0	17,6	—
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	—	—	—	217,8	329,9	32,4
Kurzfristiger Kapitalverkehr	-293,4	124,6	14,2	-318,6	-102,4	-26,5
Kreditinstitute	—	-10,4	-1,2	-97,7	-65,4	-7,3
Unternehmen	-293,4	135,0	15,4	-220,9	-37,0	-19,2
Ausländische Bankguthaben	—	-0,9	—	17,9	-14,9	-0,1
Handelskredite	—	—	2,9	-40,8	-41,7	-13,2
Kredite im Rahmen von Barter-Geschäften	-103,9	77,4	-16,9	-198,0	19,6	-0,1
Sonstiger Kapitalverkehr einschl. Zahlungsrückstände	-189,5	58,5	29,4	—	—	—
Saldo der Kapitalbilanz	-293,4	124,6	14,2	-292,2	245,1	5,9
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	208,6	135,5	-14,2	-198,4	-151,2	44,8
Veränderung der Nettoauslandsaktiva						
der Zentralbank	273,6	33,6	13,8	-27,0	16,3	2,0
Währungsreserven	-43,4 ⁴⁾	0,7 ⁴⁾	—	-27,0	16,3	2,0
Korrespondenzkonten	316,4	32,9	13,9	—	—	—
Empfangene Kredite	781,6	156,4	34,4	—	—	—
Geleistete Kredite	-465,1	-123,4	-20,5	—	—	—

Geringfügige Abweichungen bei den Zwischensummen durch Rundungsfehler. — ¹⁾ Umrechnung zum Wechselkurs von 152 Rubel/US-Dollar. — ²⁾ Umrechnung zum Wechselkurs von 3 160 Rubel/US-Dollar. — ³⁾ Umrechnung zum Wechselkurs von 6 801 Rubel/US-Dollar (Januar) bzw. 7 721 Rubel/US-Dollar (Februar). — ⁴⁾ Reserven der Zentralbank an nicht-konvertiblen Währungen.

Quelle: Respublika vom 1. September 1993; unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der weißrussischen Zentralbank und von Gosekonplan.

lagen des Wirtschaftsministeriums der Republik Weißrußland lagen die tatsächlichen Lieferungen durchschnittlich lediglich bei etwa 60 vH der Planziffern.

Die weißrussischen Exporte in Drittländer gingen 1993 ebenfalls deutlich zurück, bedingt u.a. durch die verringerte Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Produkte. Zwar gibt es Berichte über zunehmende aktive Lohnveredelung in Weißrußland; zahlenmäßig bedeutsam waren derartige Exporte jedoch offenbar noch nicht⁴⁷. Gleichzeitig nahmen die Importe aus Drittländern erheblich zu, so daß anstelle des Handelsbilanzüberschusses im Vorjahr von knapp 290 Mill. US-Dollar ein Defizit von beinahe 160 Mill. US-Dollar erzielt wurde. Dieser Verschiebung standen im Bereich der Kapitalverkehrsbilanz höhere mittel- und langfristige Kapitalzuflüsse sowie geringere Lieferungen auf Kredit im Rahmen von Bartergeschäften gegenüber. Wichtigster Handelspartner unter den Drittländern war Deutschland mit etwa 13 vH der Exporte und 24 vH der Importe⁴⁸.

Durch die gestiegenen Kapitalzuflüsse hat sich die Auslandsverschuldung Weißrußlands gegenüber westlichen Staaten und multilateralen Organisationen im Jahresverlauf 1993 beinahe vervierfacht und betrug zum Jahresende knapp 525 Mill. US-Dollar (vgl. Tabelle 12). Gläubiger

waren vor allem Deutschland sowie die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (letzterer mit der ersten Rate aus der Systemtransformationsfazilität). Überwiegend flossen diese Kredite an den Staatshaushalt und wurden zum Import von Nahrungsmitteln, Pharmazeutika und Medizintechnik verwendet⁴⁹. Zum Jahresende wird lediglich ein Betrag von knapp 50 Mill. US-Dollar ausgewiesen, der nicht aus dem staatlichen Devisenfonds, sondern aus Eigenmitteln der Betriebe zu tilgen ist und deshalb vermutlich zur Finanzierung von Kapitalgüterimporten diene.

Für das Jahr 1994 rechnet die weißrussische Regierung mit einer Neuverschuldung im westlichen Ausland in Höhe von etwa 1 Mrd. US-Dollar. Als neue Kreditgeber kommen mehrere nationale Regierungen, insbesondere Österreich, sowie die Weltbank und die Osteuropabank hinzu. Die Kredite sollen verstärkt für die Einfuhr von Investitionsgütern verwendet werden. Dementsprechend soll mehr als

⁴⁷ Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 13. Januar 1994; Handelsblatt vom 24. März 1994.

⁴⁸ Zahlen für Januar bis September 1993, vgl. Waldemar Lichter ..., a.a.O., S. 4.

⁴⁹ Vgl. Waldemar Lichter ..., a.a.O.

Tabelle 12

Auslandsverschuldung Weißrußlands 1993 und 1994
in Mill. US-Dollar

Gläubiger	1993					1994 (erwartet)			
	Bestand am 1.1.	Neuverschuldung	Tilgung	Bestand am 31.12.		Neuverschuldung	Tilgung	Bestand am 31.12.	
				Insgesamt	Darunter: zu tilgen aus Eigen- mitteln der Betriebe			Insgesamt	Darunter: zu tilgen aus Eigen- mitteln der Betriebe
Nationale Regierungen	186,1	132,2	0,7	317,6	47,8	537,9	167,6	687,9	479,4
Deutschland	29,3	125,7	0,7	154,3	47,8	250,8	32,8	372,3	249,9
Österreich	—	—	—	—	—	143,8	—	143,8	143,8
„Über“ Rußland ¹⁾	134,8	—	—	134,8	—	—	134,8	—	—
Sonstige ²⁾	22,0	6,5	—	28,5	—	143,3	—	171,8	85,7
Multilaterale Organisationen	0,8	206,3	—	207,1	—	460,0	57,8	609,3	227,3
Europäische Union	0,8	108,3	—	109,1	—	6,4	57,8	57,7	—
IWF	—	98,0	—	98,0	—	98,0	—	196,0	—
Weltbank	—	—	—	—	—	178,3	—	178,3	50,0
EBRD	—	—	—	—	—	177,3	—	177,3	177,3
Technische Kredite Rußlands	211,5	239,6	—	451,1	—	254,3	—	705,4	—
Insgesamt	398,4	578,1	0,7	975,8	47,8	1 252,2	225,4	2 002,6	706,7

¹⁾ Bei diesem Betrag dürfte es sich um den weißrussischen Anteil an westlichen Kreditzusagen an die ehemalige Sowjetunion handeln, die nach deren Untergang an die Nachfolgestaaten ausgezahlt wurden. — ²⁾ Italien Kuwait, Spanien, USA.

Quelle: Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen von Gosekonomplan.

die Hälfte des voraussichtlichen Bestands an westlichen Krediten zum Jahresende 1994 direkt von den Betrieben getilgt werden. Die verstärkte Einbeziehung der Betriebe könnte als Anzeichen dafür gedeutet werden, daß bei der Entscheidung über die Kreditaufnahme der Rentabilität der Investitionen und der Steigerung der Exportfähigkeit zur Erzielung von Deviseneinnahmen für den Schuldendienst eine größere Bedeutung beigemessen wird. Es muß aber bezweifelt werden, ob dieses Ziel unter den gegenwärtigen Umständen erreicht werden kann. Angesichts der makroökonomischen Instabilität und der geringen Fortschritte beim Strukturwandel und bei der Einführung „harter Budgetbeschränkungen“ besteht bisher kaum eine Grundlage für die Anwendung ökonomischer Kriterien bei Investitionsentscheidungen.

Eine Steigerung der Exporte wird auch durch Änderungen in der Außenwirtschaftspolitik seit Jahresbeginn 1994 erschwert. Die allgemeine Exportsteuer wurde von 10 vH auf 15 vH der Exporterlöse erhöht; hinzu kommen weiterhin produktspezifische Exportsteuern für rohstoffnahe Erzeugnisse sowie die Umtauschpflicht für Exporterlöse in Höhe von 50 vH am Devisenmarkt. Problematisch erscheint dabei nicht nur das Niveau der Exportbesteuerung. Vielfache Änderungen der einschlägigen Rechtsvorschriften in den letzten zwei Jahren führten auch zu erheblicher Unsicherheit über die künftige Rentabilität insbesondere nicht-traditioneller Exporte. Diese Unsicherheit wird noch verstärkt durch willkürliche Maßnahmen wie die Einführung einer Umtauschpflicht für Exporterlöse von 100 vH für die Dauer einer Woche im März 1994⁵⁰.

Bisher nur schwer einzuschätzen sind die Implikationen der gerade beschlossenen Währungsunion mit Rußland für den weißrussischen Außenhandel. Für die erste Stufe, die am 1. Mai 1994 in Kraft trat, ist die Aufhebung von Import- und Exportzöllen im russisch-weißrussischen Handel und die Einführung eines einheitlichen Zolltarifs gegenüber Drittländern vorgesehen. Die Abschaffung der Grenzabgaben würde auch für die russischen Exportsteuern auf Energieträger gelten, so daß die weißrussischen Energieimporte sich erheblich verbilligen würden.

Durch die Änderungen in den Außenhandelsregulierungen würde zwischen Rußland und Weißrußland eine Zollunion geschaffen. Bisher sind die Außenhandelsregime der beiden Länder ähnlich gestaltet und weisen kaum nicht-tarifäre und nur niedrige tarifäre Importbarrieren auf. Gleichzeitig bestehen umfassende quantitative Exportbeschränkungen und Exportsteuern zur Abschöpfung von Rohstoffrenten, da die Inlandspreise vor allem in Rußland noch deutlich unter dem Weltmarktniveau liegen. Diese Exportregulierungen könnten in dem Maße abgebaut werden, wie die von der russischen Regierung in Aussicht gestellte Liberalisierung der Inlandspreise für Rohstoffe in die Tat umgesetzt wird. Das dann verbleibende liberale Importregime mit insgesamt niedrigen und wenig differenzierten Zollsätzen wäre eine gute Grundlage für die Integra-

tion beider Volkswirtschaften in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

Skeptisch muß vor diesem Hintergrund allerdings stimmen, daß in Rußland in jüngster Zeit der Einfluß von Interessengruppen auf die Handelspolitik zu wachsen scheint und die Differenzierung der Zollsätze zunimmt. Da die gemeinsame russische und weißrussische Zollpolitik von Rußland dominiert werden dürfte, läge ein rascher Beitritt beider Staaten zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und damit eine Bindung der Zollsätze im weißrussischen Interesse.

Stand der Reformpolitik

Wirtschafts- und reformpolitische Konzeption der Regierung

Mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung für das Jahr 1994 wird die bisherige Wirtschaftspolitik fortgesetzt⁵¹. Es ist weiterhin durch ein starkes Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsablauf und sehr zögerliche Transformationsschritte gekennzeichnet. Das wohl bedeutendste Ziel des Programmes ist der Beitritt zur russischen Rubelzone. Dem Wirtschaftsprogramm liegt bereits das Konzept einer Währungsunion mit Rußland zugrunde. Weitere wichtige Ziele sind eine Begrenzung des Rückgangs des BIP auf 4 bis 5 vH, die Reduzierung der monatlichen Inflationsrate auf 10 vH bis Ende des Jahres, die Verbesserung der Handelsbilanz, eine Erschwerung von Kapitalausfuhr und die „Privatisierung“ von 50 vH aller Handels- und Dienstleistungsbetriebe.

Folgende Maßnahmen sollen dazu beitragen:

- Auf dem Gebiet der Finanzpolitik strebt die Regierung die Begrenzung des Defizits im konsolidierten Haushalt auf 6 vH des Bruttoinlandsprodukts an. Ob dies angesichts des überaus starken Anstiegs der Ausgaben Anfang 1994 und der geplanten Steuersenkungen erreicht werden kann, muß jedoch bezweifelt werden. Zwar könnte eine Entlastung des Budgets durch den angekündigten Abbau von Preissubventionen in Verbindung mit einer weiteren Liberalisierung von Großhandels- und Verbraucherpreisen erreicht werden. Aber gleichzeitig sollen alle Einwohner Ausgleichszahlungen für Preiserhöhungen erhalten. Zusätzliche Ausgaben dürften in Zusammenhang mit dem Beschäftigungsprogramm auf das Budget zukommen.
- Kapitalexport und Guthaben bei ausländischen Banken sollen besonders besteuert werden. Kritisch ist dazu anzumerken, daß eine derartige Maßnahme mit dem Versuch kollidieren kann, ausländische Investoren zu werben.

⁵⁰ Vgl. Handelsblatt vom 22. März 1994.

⁵¹ „Osnovnie napravlenija dejstvij po vychodu Respubliki Belarus' iz krizisnoj social' no-ekonomičeskoj situacii i uskoreniju rynočnych reform“, bestätigt durch das Präsidium des Ministerrates der Republik Belarus' (Protokoll Nr. 23 vom 23./24. November 1993).

- Auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik soll die Finanzierung des Haushaltsdefizits durch Geldemission auf 80 vH des Defizits begrenzt werden. Zusätzlich soll das Kreditvolumen für die Wirtschaft verringert werden, wobei aber gleichzeitig Vorzugskredite für die Landwirtschaft, den Wohnungsbau und die Herstellung von Arzneimitteln und medizinischen Geräten gewährt werden sollen. Für die Refinanzierungskredite der Zentralbank sollen positive Realzinsen bis Ende 1994 erreicht werden. Der Vertrag über die neue Rubelzone kann noch zu wesentlichen Veränderungen in der Geld-, Währungs- und Finanzpolitik führen.
- Für dauerhaft defizitär arbeitende Betriebe ist erneut vorgesehen, Konkursverfahren durchzuführen.
- Die Wirtschaftsbeziehungen mit den GUS-Republiken sollen durch verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen belebt werden (Schaffung einer Zollunion, einer Assoziation „freien Handels“, neues zwischenstaatliches Verrechnungssystem u.a.).

Bereits in ihren bisherigen Berichten haben die Institute auf das Fehlen bzw. die nur sehr zögerliche Umsetzung wichtiger Reformschritte hingewiesen⁵². Die weißrussische Regierung versucht offensichtlich, die Umstrukturierung der Wirtschaft weitgehend mit dirigistischen Methoden durchzuführen⁵³.

Eine wesentliche Rolle spielen dabei Staatsaufträge, mit deren Hilfe insbesondere die Verpflichtungen aus zwischenstaatlichen Verträgen weitgehend abgesichert werden sollen. Das Wirtschaftsprogramm für 1994 sieht zwar vor, daß Staatsaufträge in diesem Jahr auf etwa 10 vH der industriellen Produktion reduziert werden sollen. Dafür zeichnet sich aber auf anderen Gebieten eine Verstärkung zentralstaatlicher Kontrolle ab:

- So sollen die staatlichen Verbrauchskontrollen für Energieträger verstärkt werden.
- Mit der staatlichen Aktiengesellschaft Belkontrakt soll das bisherige System zentraler Ressourcenverteilung auch in Zukunft fortgesetzt werden.
- In der Landwirtschaft zeichnet sich mit der vorgesehenen Bildung einer republikweiten Aufkauf- und Versorgungsorganisation eine Fortführung monopolistischer Handelsstrukturen ab. Damit wird die Freigabe der Aufkaufpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom Januar 1994 faktisch unterlaufen.
- Mit den anderen GUS-Republiken soll ein „Export-Import-Programm“ ausgearbeitet werden. Es ist anzunehmen, daß auch in diesem Programm Details für die Betriebe festgeschrieben werden, die marktwirtschaftliches Handeln ausschließen.

In das Bild starker zentralstaatlicher Kontrolle paßt auch, daß in diesem Jahr mit der Durchführung des im Frühjahr 1993 beschlossenen Programms für die strukturelle Umgestaltung der Industrie begonnen werden soll. Es basiert auf der Überzeugung, daß eine staatliche Industriepolitik not-

Tabelle 13

Entstaatlichung in Weißrußland, 1991 bis 1993
Stand: 1. Januar 1994

	Anzahl der entstaatlichten Objekte		
	Insgesamt	davon:	
		Eigentum der Republik	Eigentum der Kommunen
1991	61	19	42
1992	211	32	179
1993	252	140	112
Insgesamt	524	191	333

Quelle: Interne Arbeitsunterlagen des NIEI.

wendig sei, die mit direkten und indirekten Steuerungsinstrumenten die beschleunigte Entwicklung der für die Wirtschaft „strategisch“ wichtigen Zweige und Produktionsbereiche gewährleisten soll. In ihrem Gutachten vom Herbst 1993 haben die Institute davor gewarnt, daß die Umsetzung dieses Programms die marktwirtschaftliche Transformation in Weißrußland faktisch blockieren würde. Dieser Einschätzung ist im Frühjahr 1994 nichts hinzuzufügen.

Die Privatisierung in Weißrußland

Nach wie vor gelten in Weißrußland die im Jahr 1993 verabschiedeten Privatisierungsvorschriften und das aus dem selben Jahr stammende Privatisierungsprogramm⁵⁴. Das Privatisierungsprogramm konnte keine großen Erwartungen wecken: Insgesamt war die stufenweise Privatisierung von zwei Dritteln des Betriebsvermögens vorgesehen; es sollten von 1993 bis 1997 je 10 vH des Betriebsvermögens privatisiert werden. Um die erste Stufe zu verwirklichen, war für das Jahr 1993 die Privatisierung oder vielmehr die „Entstaatlichung“ von 500 Staatsbetrieben vorgesehen. Ob dieses Ziel erreicht worden ist, kann nicht überprüft werden. Aus Regierungskreisen wird die Zahl der privatisierten Betriebe bis Ende 1993 mit 350 angegeben⁵⁵. Die Privatisierungsstatistik weist hingegen eine Zahl von 524 Objekten aus (vgl. Tabelle 13). In dieser Statistik sind allerdings auch reine *Rechtsformtransformationen* berücksichtigt, die nicht einmal pro forma eine

⁵² Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., erster, zweiter und dritter Zusatzbericht.

⁵³ Auf dieser reformpolitischen Grundhaltung hat auch noch einmal Ministerpräsident Kebič im April in einem Interview hingewiesen, indem er die Bedeutung der staatlichen Wirtschaftssteuerung für den Transformationsprozeß unterstrich. In: Demaršopozicii i pozicija prem'era, ili nebespornye razmyšlenija, navejanyje besedoj c Vjačeslavom Kebičem. Vgl. Sovetskaja Belarussija vom 27. April 1994, S. 1.

⁵⁴ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands, Dritter Zusatzbericht, S. 16 f.

⁵⁵ Vgl. S. S. Ling: Vortrag über das Wirtschaftsprogramm der weißrussischen Regierung für das Jahr 1994. Minsk 1994.

Änderung der Eigentumsverhältnisse zur Folge haben. Doch dürften diese statistischen Diskrepanzen von relativ geringer praktischer Bedeutung sein, da bislang auch bei „Entstaatlichung“ die staatliche Kontrolle und Lenkung vollständig erhalten blieb und die Unternehmen weder eigenverantwortlich entscheiden noch auf eigenes Risiko wirtschaften können⁵⁶. Am ehesten ist bei der Entstaatlichung kommunalen Eigentums zumindest ansatzweise noch mit dem Entstehen privaten Eigentums zu rechnen, da auf kommunaler Ebene vor allem kleinere Betriebe des Dienstleistungssektors entstaatlicht werden.

Für das Jahr 1994 erwartet die weißrussische Regierung dennoch einen Privatisierungsschub durch die im April vorzeitig eingeleitete Scheckprivatisierung. Die Beschleunigung dieses Projekts ist wohl auf das Drängen des IMF zurückzuführen, der für den Fall der Durchführung der Scheckprivatisierung etwa 200 Mill. US-Dollar an Krediten in Aussicht gestellt hat⁵⁷. Die Privatisierungsschecks werden ausschließlich an weißrussische Bürger kostenlos abgegeben, wobei der Umfang vom Lebensalter und der nachgewiesenen Arbeitsdauer abhängt; die Schecks sind personengebunden und nicht handelbar. Es ist geplant, über diese Scheckprivatisierung etwa 50 vH des industriellen Betriebsvermögens zu „privatisieren“⁵⁸. Jedoch dürften auch durch die Scheckprivatisierung kaum handlungsfähige private Eigentumsstrukturen entstehen; wahrscheinlicher ist die Beibehaltung der staatlichen Kontrolle, sei es über Aufträge, Kredite, Subventionen oder umfangreiche Strukturprogramme. Die Beteiligung von ausländischen Investoren an der Privatisierung ist offensichtlich unerwünscht: Nur wenn weder die Belegschaft eines betroffenen Betriebes noch ein anderer weißrussischer Investor Interesse am Erwerb zeigt, kann ein Ausländer zum Zuge kommen⁵⁹. Zudem ist es ausländischen Investoren nach dem „Gesetz über das Bodeneigentumsrecht“ vom 16. Juni 1993 verwehrt, Eigentum an Grund und Boden zu erwerben. Gestattet sind lediglich Pachtverträge mit einer Laufzeit bis zu 99 Jahren. Den einzigen Lichtblick im weißrussischen Privatisierungsprozeß stellt wohl die Wohnungsprivatisierung dar: Über gesondert ausgeteilte Schecks können die weißrussischen Bürger ihre Wohnungen erwerben, was auch tatsächlich geschieht. Bis März 1994 waren etwa 17 vH des staatlichen bzw. öffentlichen Wohnungsbestandes in private Hände übergegangen⁶⁰.

Rubelzone

Vor dem Hintergrund einer Beschleunigung sowohl des Produktionsrückgangs als auch der Inflation unternahm die weißrussische Regierung im vergangenen halben Jahr verstärkte Anstrengungen in Richtung auf einen Beitritt zur Zone des russischen Rubel. Im April 1994 wurde nun ein Vertrag über den Beitritt Weißrußlands zum Geldsystem Rußlands unterzeichnet⁶¹. Mit dem Beitritt werden auf weißrussischer Seite einige Hoffnungen verknüpft: Vor allen Dingen wird erwartet, daß russische Lieferungen von

Erdgas und Erdöl wieder zu den (niedrigen und regulierten) Preisen des russischen Binnenmarktes erfolgen werden. Gegenwärtig liegen die Preise für russische Energielieferungen auf Weltmarktniveau oder, nach weißrussischer Darstellung⁶², teilweise sogar darüber. In den hohen Kosten für Energie wird die Hauptursache für die weißrussischen Wirtschaftsprobleme gesehen. Mit dem neuerlichen Bezug von Energie zu russischen Binnenpreisen soll u.a. die Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Produzenten auf dem Hauptabsatzmarkt Rußland wiederhergestellt und so die Auslastung jetzt brachliegender Kapazitäten verbessert werden. Vom Wegfall der bestehenden Zollschränken ebenso wie von der Abwicklung des Zahlungsverkehrs in einer gemeinsamen Währung wird eine Belebung des Handels mit Rußland erwartet. Nicht zuletzt hofft die weißrussische Seite auf einen günstigen Umtauschkurs von weißrussischen in russische Rubel, auf die künftige Bereitstellung ausreichender und zinsgünstiger Kredite sowie, in engem Zusammenhang damit, auf die Beteiligung an den russischen Geldschöpfungsgewinnen.

Die Bemühungen Weißrußlands um einen Beitritt zur (neuen) Rubelzone begannen spätestens nach der endgültigen Auflösung der alten Rubelzone durch die unilaterale russische Rubel-Umtauschaktion vom Juli 1993⁶³. Entsprechend waren bereits im September 1993 und im Januar 1994 vorbereitende Abkommen über eine neue Rubelzone unterzeichnet worden⁶⁴. Es gelang nicht, die darin vorgesehenen Maßnahmen in den geplanten Fristen in die Tat umsetzen. Zudem wurden die Abkommen zwar vom weißrussischen, nicht jedoch vom russischen Parla-

⁵⁶ Die weißrussische Entstaatlichung ist in der Regel eine reine *Rechtsformtransformation*, bei der der Staat alleiniger Eigentümer bleibt. Staatsbetriebe werden in staatliche Kapitalgesellschaften umgewandelt und teilweise an die Belegschaften verpachtet. Diese Vorgänge werden von der weißrussischen Statistik als „Privatisierungsfälle“ erfaßt. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., a.a.O., S. 26.

⁵⁷ Vgl. FAZ-Informationsdienste: Länderanalyse Ukraine/Weißrußland. Frankfurt am Main, März 1994, S. 8; Handelsblatt vom 16. Februar 1994.

⁵⁸ Vgl. VWD-Osteuropa vom 10. November 1993, S. 3.

⁵⁹ Vgl. VWD-Osteuropa vom 28. Oktober 1993.

⁶⁰ O rabote ... v janvarje — marte 1994 g, S. 74.

⁶¹ Dogovor ob ob-edinenii deneznoj systemy Respubliki Belarus s deneznoj sistemoj Rossijskoj Federacii i uslovijach funkcionirovanija obščej deneznoj systemy. In: Belorusskaja delovaja gazeta vom 18. April 1994.

⁶² Vgl. z.B. Ministerpräsident Kebič in: Sovetskaja Belorussija vom 16. April 1994.

⁶³ Schon 1992 war die Trennung weißrussischer und russischer Buchgeld-Rubel und die Einführung der weißrussischen Parallelwährung erfolgt.

⁶⁴ Vgl. zum Abkommen vom September 1993 die Darstellung im dritten Zusatzbericht der Institute: Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., a.a.O. Das Abkommen vom Januar 1994 wurde nur von den beiden Zentralbankpräsidenten unterzeichnet. Es sah noch zwei selbständige Notenbanken vor. Vgl. z.B. The Moscow Times vom 19. April 1994.

ment ratifiziert. Hinter den Verzögerungen verbergen sich tiefe Interessenkonflikte sowohl zwischen Weißrußland und Rußland als auch innerhalb der beiden Länder.

Der Vertrag vom April 1994 beinhaltet Regelungen bezüglich Geld-, Finanz-, Lohn- bzw. Einkommens-, Preis- und Außenwirtschaftspolitik sowie zum Umtauschkurs von weißrussischen in russische Rubel. Die Verwirklichung der vorgesehenen Maßnahmen soll etappenweise erfolgen, einige sollten schon mit Vertragsunterzeichnung bzw. zum 1. Mai 1994 in Kraft getreten sein. Vor allen Dingen sollten bereits in dieser ersten Etappe sämtliche Zölle und Abgaben im gegenseitigen Handel abgeschafft werden; zugleich verpflichtet sich Weißrußland, im Handel mit Drittländern vollständig die russischen Zoll- und Abgabensätze, Quoten etc. zu übernehmen und deren Festsetzung künftig Rußland zu überlassen (Artikel 8); sodann verzichtet Weißrußland auch sofort auf die Erhebung von Transitzöllen, -steuern etc. auf den russischen Handel mit Drittländern sowie von Pachtgebühren für Grundstücke und Gebäude, die von den in Weißrußland stationierten russischen Streitkräften genutzt werden (Artikel 9); und schließlich stellt Rußland im ersten Halbjahr 1994 für Weißrußland einen Kredit von 200 Mrd. Rubel für den Ausgleich der Zahlungsbilanz zur Verfügung (Artikel 12)⁶⁵.

Die weißrussische Hoffnung, daß mit diesen Vereinbarungen die Wiederherstellung von (nach Menge und Preis) befriedigenden russischen Energielieferungen gesichert werden kann, muß nicht in Erfüllung gehen. Denn die russische Seite hat durchgesetzt, daß die Aufhebung von Quoten im gegenseitigen Handel sowie die Anwendung von russischen Binnenpreisen für Güter, die der staatlichen Preisregulierung unterliegen (also vor allem auch Energieträger), erst später, und zwar mit dem tatsächlichen Beitritt Weißrußlands zum russischen Geldsystem, erfolgen soll (Artikel 10 und 11). Damit hat sich Rußland, trotz Abschaffung der Exportzölle, die Kontrolle sowohl über Mengen als auch über Preise bei Energielieferungen vorbehalten.

Die alleinige Zuständigkeit für die Geld- und Währungspolitik in der neuen Rubelzone soll laut Vertrag bei der Zentralbank Rußlands liegen. Die Zentralbank Weißrußlands soll als solche aufgelöst und zu einer Filiale der russischen Zentralbank herabgestuft werden. Die russische Zentralbank tritt in die Verbindlichkeiten der weißrussischen Zentralbank ein (Artikel 5). Wegen der Auflösung der weißrussischen Zentralbank hat deren Vorsitzender Bogdankevič den Vertrag nur „unter Zurückweisung von Artikel 5“ unterschrieben. In der Tat widerspricht der Vertrag der neuen Verfassung Weißrußlands, die erst im März 1994 in Kraft getreten war und der Zentralbank Weißrußlands „das alleinige Recht der Geldemission“ (Artikel 145) zuspricht⁶⁶. Zudem bestimmt Artikel 8 der Verfassung: „Der Abschluß internationaler Verträge, welche im Widerspruch zur Verfassung stehen, ist unzulässig“⁶⁷.

Generell sind bei der Währungsumstellung, die sicherlich nicht vor den für Juni 1994 angesetzten Präsident-

schaftswahlen in Weißrußland, wahrscheinlich sogar erst 1995⁶⁸, durchgeführt werden soll, differenzierte Umtauschkurse vorgesehen. Dabei werden Unterscheidungen vorgenommen nach natürlichen und juristischen Personen sowie nach Umtauschbeträgen. Juristischen Personen zugehörige Bestandsgrößen (Aktiva und Passiva) werden zu einem Kurs umgestellt (Artikel 3), welcher sowohl den impliziten Wechselkurs zwischen weißrussischem und russischem Rubel reflektieren soll, der sich aus den jeweiligen Kursen der beiden Währungen zum Dollar ergibt (Cross-Kurs, derzeit etwa bei 10:1) als auch die nach Methoden der beiden nationalen Statistischen Komitees zu berechnende Kaufkraftparität (derzeit bei 3:1 vermutet)⁶⁹. Bei Anwendung eines ungewichteten Mittelwertes ergäbe sich ein Umtauschkurs von etwa 6:1. Bei natürlichen Personen wird nach Umtauschbeträgen differenziert (Artikel 4). Bei Beträgen bis zu 1,2 Mill. weißrussische Rubel (je Person) kommt ein Kurs von 1:1 zur Anwendung (0,2 Mill. Bargeld und 1,0 Mill. Spareinlagen und Sparzertifikate, Stichtag: 1. April 1994)⁷⁰; darüber hinausgehende Beträge werden zu dem Kurs umgetauscht, der auf juristische Personen Anwendung findet.

Aus einer ökonomischen Perspektive ist festzuhalten, daß Weißrußland beabsichtigt, sich mit dem Verzicht auf eine eigene Währung und eine eigene Geldpolitik eines wesentlichen Instruments der Wirtschaftspolitik zu begeben. Dieser Verlust an Spielraum sollte durch andere wirtschaftspolitische Instrumente, vor allem Finanz- und Einkommenspolitik, kompensiert werden. Es ist daher nach den entsprechenden Vertragsregelungen zu fragen. In bezug auf die Einkommenspolitik spielt der Umtausch-

⁶⁵ Ministerpräsident Kebič erläuterte, dieser Kredit sei nur dann rückzahlbar, wenn die Währungsunion nicht zustande komme. Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 16. April 1994.

⁶⁶ Konstitucija Respubliki Belarus'. In: Sovetskaja Belorussija vom 30. März 1994.

⁶⁷ Angesichts dieses schwerwiegenden Sachverhalts sah sich der weißrussische Ministerpräsident Kebič veranlaßt, die Vertragsunterzeichnung zu rechtfertigen: Er habe wegen jener Vertragssteile unterschrieben, die zum 1. Mai 1994 in Kraft treten, insbesondere wegen des Wegfalls der Zölle im Handel mit Rußland. Dies würde sich letztlich positiv auf den Lebensstandard in Weißrußland auswirken. Im übrigen hätten sich bei Umfragen 65 vH der Bevölkerung für die Währungsunion mit Rußland ausgesprochen (vgl. V. Kebič: Videt istinu. K dogovoru ob ob'edinenii deneznych sistem Belarusi i Rossii. In: Respublika von 27. April 1994). In der Tat klagen Gegner der Währungsunion darüber, daß russisches Geld auf die Wähler wie ein „Narkotikum“ wirke (vgl. V. Novik: Čto nasždet posle ob'edinenija deneznych sistem Belarusi i Rossii? In: Narodnaja gazeta vom 27. April 1994).

⁶⁸ So die Einschätzung von Zentralbankpräsident Bogdankevič. In: Rossijskie vesti vom 22. April 1994.

⁶⁹ Vgl. z.B. die Einschätzung von Ministerpräsident Kebič. In: Sovetskaja Belorussija vom 16. April 1994 oder von Zentralbankpräsident Bogdankevič, in: Rossijskie vesti vom 22. April 1994.

⁷⁰ Die genannten Höchstbeträge können unter Berücksichtigung des weiteren Verlaufs der Inflation in Rußland bis zum Umtauschzeitpunkt nach oben angepaßt werden (Artikel 4).

kurs für Stromgrößen, also vor allem Löhne und Transferzahlungen, eine wesentliche Rolle. Er ist jedoch im Vertrag nur teilweise geregelt. Weißrußland verpflichtet sich, innerhalb von drei Monaten nach der Währungsunion die Arbeitslöhne im haushaltsfinanzierten Bereich auf russisches Niveau umzustellen (Artikel 13). Die übrigen Löhne sollen „von den Arbeitgebern auf der Grundlage von Tarifverträgen“ (ebd.) festgelegt werden. Maßnahmen der sozialen Sicherung (Renten, Stipendien, Minimallöhne u.a.) sollen koordiniert erfolgen; insbesondere soll Weißrußland die entsprechenden Maßnahmen aus dem eigenen Staatshaushalt finanzieren (ebd.). Ein Umstellungskurs für solche Zahlungen wird im Vertrag nicht genannt. Mit der Angleichung der Löhne im haushaltsfinanzierten Bereich innerhalb einer Dreimonatsfrist nach Inkrafttreten der Währungsunion wird jedoch die gesamte Lohnstruktur hinreichend präjudiziert, so daß kaum mehr nennenswerte einkommenspolitische Spielräume zum Ausgleich von Produktivitätsunterschieden zur Verfügung stehen werden. Damit sind für den Fall einer Realisierung der Währungsunion beträchtliche Beschäftigungsprobleme programmiert.

Auf dem Gebiet der Finanzpolitik verpflichten sich die vertragsschließenden Parteien, die Haushaltssysteme bis zum Inkrafttreten des Vertrages zu vereinheitlichen. Die genaue Prozedur dieser — wohl unilateralen — Angleichung wird in unveröffentlichten Abkommen geregelt (Artikel 6)⁷¹. Im Verlauf des Jahres 1994 sollen die Voraussetzungen für eine schrittweise Konsolidierung der russischen und weißrussischen Staatshaushalte in ein einheitliches Haushaltssystem geschaffen werden (Artikel 7). Die haushaltsrelevante Gesetzgebung der beiden Länder, insbesondere die Steuergesetzgebung, soll jedoch offenbar nicht unbedingt vereinheitlicht, sondern nur „koordiniert“ (Artikel 14) werden, und zwar beginnend mit Vertragsabschluß. Der theoretisch verbleibende steuerpolitische Handlungsspielraum kann kaum praktische Bedeutung erlangen, solange Weißrußlands umfassend verstandener staatlicher Sektor (Staatshaushalt und Staatsunternehmen) ein hohes Defizit aufweist. Faktisch bedeutet das, daß auch die Finanz- und Einkommenspolitik nicht in die Lage versetzt werden, den Verlust an geldpolitischer Autonomie auszugleichen.

Es kommt dann entscheidend darauf an, ob Rußland bereit sein wird, entweder auf die Finanzierung der eigenen Defizite durch Zentralbankkredite („Inflationssteuer“) zu verzichten oder Weißrußland angemessen an der Vergabe von Zentralbankkrediten zu beteiligen. Die russische Weigerung, Weißrußland und andere Staaten der Ex-UdSSR mit Krediten zu versorgen, hatte zum Austritt dieser Länder aus der Rubelzone beigetragen. Es ist also zu fragen, ob Rußland nunmehr tatsächlich bereit sein könnte, seine Politik zu ändern.

In der Tat zeigt sich Rußland gegenüber dem Ansinnen Weißrußlands auf Beitritt in die Rubelzone aufgeschlossener als etwa gegenüber Kasachstan. Die russischen Vor-

teile aus einer Währungsunion mit Weißrußland scheinen insofern besonderes Gewicht zu haben. Freie Handelswege nach Westen sowie die militärische Dimension sind hier zu nennen. Die Nachteile liegen für Rußland darin begründet, daß einerseits Energielieferungen an Weißrußland zu russischen Binnenpreisen erfolgen sollen und andererseits eventuell eine Beteiligung Weißrußlands an der russischen Zentralbankgeldschöpfung erforderlich wird. Beiden Zwängen könnte sich Rußland aber mindestens partiell entziehen. Zum einen könnte Rußland seine Binnenpreise für Energie auf Weltmarktniveau anheben, so daß diesbezüglich keine besonderen Vorteile mehr für Weißrußland bzw. Kosten für Rußland entstünden. Die weißrussische Seite erkennt zwar diese Möglichkeit, scheint aber schon allein die Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen (bezüglich der Energiekosten) mit russischen Konkurrenten positiv zu bewerten. Zum anderen könnte Rußland mittelfristig den Versuch unternehmen, die Defizite des öffentlichen Sektors inflationsneutral, d.h. über einen noch zu entwickelnden Kapitalmarkt zu finanzieren, so daß die Frage einer Beteiligung Weißrußlands an russischen Zentralbankkrediten ihre Schärfe verlieren würde. Gelingt dies erwartungsgemäß nicht, so wird Rußland sicherlich bedacht sein, die Zuweisung von Zentralbankkrediten an Weißrußland auf ein Maß zurückzuführen, das gerade noch den neuerlichen Austritt des Landes aus der Währungsunion verhindert. Angesichts der deutlich gestiegenen Notlage Weißrußlands liegt diese Schwelle wohl niedriger als früher. Weißrußland verfügt über keine ausreichenden Druckmittel zur Durchsetzung seiner Forderungen, so daß eine Währungsunion mit einer erheblichen Reduzierung des Liquiditätsspielraums der weißrussischen Wirtschaft verbunden sein dürfte. Eine letzte mögliche Variante soll nicht unerwähnt bleiben: Rußland könnte an eine Ausweitung der bereits praktizierten Möglichkeit denken, zwar ausreichende Kredite an Weißrußland bereitzustellen, sie aber durch Zugriff auf weißrussische Vermögensbestände zu kompensieren, etwa auf das Netz von Erdgasleitungen⁷².

Sieht man von seiten der Interessenlagen der vertragsschließenden Parteien eine gewisse Reduzierung der Hindernisse für eine Währungsunion und abstrahiert zudem von den politischen Dimensionen des weißrussischen Souveränitätsverlustes, so verbleibt die Frage nach der ökonomischen Funktionsfähigkeit der Währungsunion. Dies betrifft zum einen die fehlenden weißrussischen Spielräume auf den Gebieten Geld-, Finanz-, Einkommens- und Wechselkurspolitik, zum anderen den mittlerweile sehr unterschiedlichen Stand der beiden Länder im Transformationsprozeß. In beiden Hinsichten würden sich schwerwiegende

⁷¹ Insgesamt gehören sieben unveröffentlichte Abkommen zum Bestand des Vertrags. Vgl. V. Kebič ..., a.a.O. Im Vertrag selbst ist neben Abkommen auch noch von (ebenfalls unveröffentlichten) Protokollen die Rede.

⁷² Zu den weißrussischen Befürchtungen vgl. V. Novik ..., a.a.O.

Probleme ergeben. Die weißrussischen Hoffnungen auf eine Behebung der Absatzprobleme auf dem russischen Markt dürften sich kaum erfüllen, denn die entsprechenden Produktionskapazitäten stehen auch auf russischer Seite still. Zur Bewältigung des resultierenden Bedarfs an Strukturanpassung würden die erforderlichen Spielräume für einen eigenen weißrussischen Policy Mix fehlen. Mit Transferzahlungen von Rußland an Weißrußland, die den unterschiedlichen Anpassungsbedarf ausgleichen könnten, ist kaum zu rechnen. Die Unterschiede im Wirtschaftssystem, vor allem die in Weißrußland ganz anders oder gar nicht ablaufende Privatisierung, würden zu völlig neuen Konflikten führen, die letztlich nur durch eine Anpassung Weißrußlands an den jeweiligen Stand der Reformen in Rußland zu beheben wären. Gerade dies widerspricht jedoch den erklärten weißrussischen Absichten.

Insgesamt ist daher festzuhalten, daß sich die eingangs genannten Hoffnungen Weißrußlands in bezug auf eine Währungsunion nur in sehr eingeschränktem Maße erfüllen dürften. Vor allem ist Rußland weder zu einer sofortigen Angleichung der Energiepreise noch zur Bereitstellung von Zentralbankkrediten in größerem Umfang bereit. Der erste Schritt auf dem Weg zur Währungsunion, der Wegfall der Zollschränken, wird nicht die erwartete Belebung im bilateralen Handel bewirken. Auch aus diesem Grund ist die Möglichkeit eines Scheiterns der Währungsunion schon vor ihrem Zustandekommen als nicht gering einzuschätzen und wird ggf. auch danach weiterbestehen. Für einen Erfolg bedürfte es des Verzichts Weißrußlands nicht nur auf eine eigene Prozeßpolitik, sondern auch auf eine eigene Ordnungspolitik.

Zusammenfassung

Angesichts der schwierigen Ausgangslage — starke Abhängigkeit der Wirtschaft von Rußland und hohe Folgekosten der Katastrophe von Tschernobyl — versuchte die weißrussische Regierung auch in der zweiten Jahreshälfte 1993 und zu Beginn 1994, die Kosten der Systemtransformation in Gestalt eines Rückgangs der Produktion und einer vorübergehenden temporären Verschlechterung des Lebensstandards möglichst gering zu halten. Dazu versuchte sie immer wieder notwendige Reformschritte und griff auf planwirtschaftliche Methoden in der Wirtschaftspolitik zurück. Die wichtigsten Instrumente zur Aufrechterhaltung von Produktion und Beschäftigung waren unverändert umfassende Staatsaufträge, eine zentrale Steuerung des überwiegenden Teils der Investitionen, Vorzugskredite an Industrie und Landwirtschaft sowie Preiskontrollen. Die Privatisierung machte nur sehr langsame Fortschritte und erschöpfte sich weitgehend in der Umwandlung von Staatsbetrieben in staatliche Aktiengesellschaften. Die Liberalisierung der Preise erfolgte ebenfalls nur schleppend, mit der Konsequenz, daß umfangreiche Subventionszahlungen den Staatshaushalt weiterhin belasten. Grundlegende Reformen des Steuersystems und der

Ausgabenstruktur des Haushalts fanden bisher nicht statt. Die Geldpolitik war durch Vorzugskredite der weißrussischen Zentralbank an Regierung, Landwirtschaft und für Investitionszwecke gekennzeichnet, und die Realzinsen blieben negativ.

Diese Strategie ist erkennbar gescheitert. Zwar fiel der Rückgang von Produktion und Investitionen trotz der großen Abhängigkeit von den Wirtschaftsbeziehungen mit den übrigen Nachfolgestaaten der UdSSR 1992 und 1993 geringer aus als in Rußland, und die Arbeitslosenquote blieb mit offiziell etwa 1,4 vH Ende 1993 sehr niedrig. Aber die Kosten einer verschleppten Transformation nahmen im Laufe des Jahres 1993 rapide zu und kulminierten im ersten Quartal 1994 in einem Rückgang von Nationaleinkommen und Industrieproduktion von jeweils mehr als einem Drittel. Damit fiel der Produktionsrückgang am Anfang des Jahres deutlich stärker aus als in Rußland. Die Realeinkommen der Bevölkerung, die von Januar bis Juli 1993 konstant geblieben waren, nahmen seit August des vergangenen Jahres drastisch ab. Der Staatshaushalt zeichnete sich im ersten Quartal 1994 durch ein explosionsartiges Überschießen der Ausgaben über die Einnahmen aus. Im Außenhandel nahmen Exporte und Importe weiter ab, wobei für den Rückgang der Exporte neben der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Produkte weitverbreitete Kontrollen und Steuerbelastungen verantwortlich waren. Die Anlageinvestitionen nahmen 1993 um 13 vH ab, so daß der ohnehin wettbewerbschwache Kapitalstock zunehmend veraltet. Ausländische Investitionen fanden bisher kaum statt, u.a. weil eine Beteiligung von Ausländern an der Privatisierung offensichtlich unerwünscht ist. Kredite des Auslands flossen 1993 überwiegend an den Staatshaushalt und wurden konsumtiv verwendet.

Der Versuch, die bestehenden Ansprüche an das Sozialprodukt über zinsvergünstigte Kredite an Regierung und Wirtschaft aufrechtzuerhalten, muß bei rückläufiger Wirtschaftsleistung zu einer Beschleunigung der Inflation führen. Die Geldmenge expandierte 1993 stärker als im Vorjahr. Auch hier fällt die Entwicklung mittlerweile bedrohlicher als in Rußland aus. Mit monatlich durchschnittlich 42 vH Steigerung der Verbraucherpreise in den letzten vier Monaten 1993 und im Januar 1994 stand Weißrußland am Beginn einer Hyperinflation. Zwar ging die Inflationsrate im Februar und März 1994 zurück; allerdings ist damit zu rechnen, daß die starke Expansion des Budgetdefizits im ersten Quartal wieder zu einer Beschleunigung der Inflation führen wird. Unter diesen Umständen wird es immer schwieriger, den Beschäftigungsstand mit einer Ausweitung des Budgetdefizits und mit Zentralbankkrediten aufrechtzuerhalten. Damit zeichnet sich in absehbarer Zeit ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit bei hoher Inflation ab.

Angesichts des Versagens des bisherigen wirtschaftspolitischen Konzepts tritt die Regierung nun offenbar die Flucht in die Wiederbelebung der Rubelzone mit Rußland an. Sie verbindet damit die Hoffnung, einen weiteren

Zusammenbruch der Produktion und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Zoll- und Währungsunion mit Rußland doch noch abwenden zu können. Insbesondere wird erwartet, wieder mit Erdöl zu den gegenwärtig noch niedrigen russischen Binnenpreisen beliefert zu werden, alte Absatzmärkte in den GUS-Ländern zurückzugewinnen und sich an russischen Geldschöpfungsgewinnen (seigniorage) zu beteiligen. Der Preis dafür ist allerdings eine völlige Aufgabe der geld- und fiskalpolitischen Autonomie Weißrußlands. Ein entsprechendes Abkommen vom April 1994, das keinen konkreten Termin für die Integration des weißrussischen in das russische Geldsystem nennt, läßt der russischen Seite aber ausreichend Spielräume, um die zu erwartenden Belastungen für die eigene Wirtschaft möglichst gering zu halten. Zwar könnte bei einer entsprechenden Stabilisierungs- und Reformpolitik in Rußland die Rubelzone einen Import an Stabilität für Weißrußland bedeuten, jedoch muß eine für Rußland angemessene Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik für Weißrußland angesichts der geringen Fortschritte der Systemtransformation nicht gleichermaßen geeignet sein. Dies wird besonders deutlich in der Verpflichtung Weißrußlands, die Löhne und Gehälter im haushaltsfinanzierten Bereich nach Inkrafttreten der Währungsunion den russischen Löhnen anzugleichen, so daß für Weißrußland keine nennenswerten einkommenspolitischen Spielräume zum Ausgleich von Produktivitätsunterschieden verbleiben.

Vorschläge zur Lösung der sich zuspitzenden Wirtschaftsprobleme müßten deshalb vorrangig auf der nationalen und nicht auf der internationalen Ebene ansetzen, wobei zwei Bereichen eine Schlüsselrolle zukommt: einer Reform des Finanz- und Kreditsystems sowie einer allgemeinen Deregulierung mit dem Ziel, den marktwirtschaftlichen Strukturwandel in Gang zu setzen. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung für 1994 kommt diesen Erforder-

nissen kaum nach. Weiterhin soll mit umfangreichen Staatsaufträgen und einer zentralen Steuerung fast aller Investitionen dem Zusammenbruch der Produktion entgegengewirkt werden. In einigen Bereichen (Energie, Ressourcen, Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte) sollen offenbar die zentralen Kontrollen und die distributive Funktion des Staates noch verstärkt werden. Außerdem will die Regierung 1994 ihre Privatisierungsanstrengungen verstärken, wobei insbesondere die Scheckprivatisierung vorzeitig gestartet worden ist. Damit könnte zwar die bisherige Praxis einer bloßen Umwandlung von Staatsbetrieben in staatliche Aktiengesellschaften durch eine echte Privatisierung ergänzt werden. Allerdings ist angesichts der weitverzweigten staatlichen Kontrollen der Unternehmen und der vielen Ausnahmen von der Privatisierung daran zu zweifeln, daß dadurch handlungsfähige private Eigentumsstrukturen in einem Umfange geschaffen werden, die zu einer spürbaren Erholung und Umstrukturierung der weißrussischen Wirtschaft führen.

Zusammenfassend muß konstatiert werden, daß weder die notwendige Kehrtwende in der Reformpolitik derzeit in Sicht ist, noch der Beitritt zur Rubelzone eine nachhaltige Änderung der Wirtschaftskrise verspricht. Vor diesem Hintergrund kann nicht dazu geraten werden, Finanzmittel für Weißrußland bereitzustellen, zumal die Gefahr besteht, daß Kredite vorwiegend konsumtiv verwendet werden oder angesichts fehlender makroökonomischer Stabilität und „weicher Budgetbeschränkungen“ fehlgeleitet werden. Einem schnellen Anstieg der Auslandsverschuldung würde ebenso schnell die Zahlungsunfähigkeit folgen. Nach wie vor bleibt aber ein verbesserter Zugang Weißrußlands zu westlichen Märkten und eine Beteiligung bei der Bewältigung der Folgen von Tschernobyl eine sinnvolle Unterstützung seitens des Westens, die durch technische Hilfe ergänzt werden kann.

Internationale Schuldenkrise: Partielle Entspannung, mehr Problemfälle

Nach Einschätzung der Weltbank sind derzeit 50 Entwicklungsländer sowie die drei östlichen Reformländer Albanien, Bulgarien und Polen extrem verschuldet; als weniger dramatisch, aber ebenfalls auffällig gilt die Verschuldung von weiteren 26 Entwicklungsländern sowie von Ungarn und der Russischen Föderation¹. Auch in den letzten Jahren sind Schulden und fälliger Schuldendienst sowie Zins- und Tilgungsrückstände der Problemländer insgesamt weiter gewachsen, der faktisch geleistete Schuldendienst ist ziemlich unverändert geblieben, und die üblichen Indikatoren für die Schuldenlast — das Verhältnis von Schulden und Schuldendienst zum Bruttosozialprodukt (BSP) bzw. Export — verharren auf hohem Niveau. Für die meisten Länder ist immer noch kein Ende der exzessiven Verschuldung abzusehen, obwohl das Instrumentarium, das zur Entschärfung kritischer Verschuldungslagen eingesetzt wird, in den vergangenen Jahren bemerkenswert erweitert worden ist. In einigen Fällen sind auch bereits deutliche Entlastungen erreicht worden.

Gebremstes Schuldenwachstum

Insbesondere mit der Brady-Initiative², die Ende der achtziger Jahre den bis dahin von den Gläubigern grundsätzlich abgelehnten Verzicht auf Forderungen zu einem strategischen Element von Umschuldungen machte, sind neue Wege zum Abbau von Schuldenüberhang, zur Erleichterung der verbleibenden Schuldenlast und zur Verkleinerung des Kreises von Problemländern beschritten worden. Die Bereitschaft der Gläubiger, zur Lösung der internationalen Schuldenkrise durch „systematischen“ Forderungsverzicht beizutragen, entsprang der nicht mehr verdrängbaren Einsicht, daß hinter den chronisch gewordenen Schuldenkrisen bei einer wachsenden Zahl von Ländern nicht lediglich Liquiditätsengpässe, sondern Solvenzprobleme stehen, die nicht durch bloße Streckung von Verbindlichkeiten überbrückt werden können. Trotz zahlloser Umschuldungen blieben immer mehr Zins- und Tilgungsverbindlichkeiten überfällig. Ohne eine Rückführung der Schulden auf nachhaltig bedienbare Größenordnungen droht die Leistungskraft der Schuldner derart zu verfallen, daß ein möglichst an strukturelle Sanierungsmaßnahmen gekoppelter Teilverzicht letztlich am wenigsten kostet.

Die inzwischen praktizierten Maßnahmen zum Schuldenabbau beschränken sich nicht auf die bloße Streichung von Verbindlichkeiten oder deren Umwandlung in Zuschüsse; hinzu kommen Schuldenrückkauf zu relativ günstigen Konditionen sowie Tausch gegen geringerwertige Titel, gegen Umweltschutzaufgaben („debt for nature“) oder auch — ohne finanzielle Einbußen auf der Gläubigerseite — gegen Sachvermögen und Beteiligungen („debt for equity“).

Der über diese Instrumente bisher erzielte, jährliche Abbau von Altschulden nimmt sich bescheiden aus: Er erreichte für die Gruppe

— extrem verschuldeter Länder maximal 4 vH (1990), sonst aber meist weniger als 2 vH,

— anderer auffälliger Schuldner gut 1 vH in den Jahren 1988 bis 1990, seitdem nicht mehr als 0,5 vH.

Dennoch war der Minderungseffekt insgesamt nicht gänzlich unbedeutend. Für die beiden hier betrachteten Ländergruppen wurden in den Jahren 1988 bis 1992 Schulden in Höhe von zusammen mehr als 100 Mrd. US-\$ abgebaut, außerdem wurden fast 4 Mrd. US-\$ Zinsen erlassen. Zwar kompensierte der Schuldenabbau im großen und ganzen nicht die Zunahme der Neuverschuldung; lediglich 1992 nahmen die Gesamtschulden der extrem belasteten Länder gegenüber dem Vorjahr etwas ab, waren aber gleichwohl um 10 vH höher als 1988, die Schulden der sonst noch auffälligen Länder sogar um 34 vH. Das Schuldenwachstum ist aber gebremst worden: Ohne Entschuldungen und Zinserlasse wären die Schulden in diesem Zeitraum um 22 bzw. 39 vH gestiegen. Hätten all diese Verbindlichkeiten weiter zu Buche gestanden, so hätten die Schulden der extrem belasteten Länder Ende 1992 um rund 11 vH, die der übrigen schuldenauffälligen Länder um 4 vH höher gelegen als tatsächlich.

Noch wesentlich ausgeprägter war der kumulierte Minderungseffekt naturgemäß bei solchen Ländern, auf die sich die Entschuldungsinitiativen bisher konzentriert haben. Dazu gehören vor allem die lateinamerikanischen Länder Mexiko, Chile, Costa Rica und Bolivien mit Minderungseffekten zwischen 20 und 54 vH sowie Ägypten (39 vH). Auch bei einigen schwarzafrikanischen Ländern — Komoren, Niger und Senegal — belief sich der kumulierte Schuldenabbau auf 20 bis 30 vH der Restschulden. Trotzdem zählen alle genannten immer noch zu den auffällig verschuldeten Ländern.

¹ In der Weltbank-Terminologie werden diese beiden Ländergruppen als „severely“ und „moderately indebted countries“ bezeichnet und gegen die übrigen Länder („less indebted“ oder „other countries“) abgesetzt.

² Benannt nach dem damaligen Finanzminister der USA.

**Schulden, Umschuldungen und Schuldendienst
von Ländergruppen mit unterschiedlicher Schuldenbelastung¹⁾, 1988 bis 1993**
in Mrd. US-\$

	1988	1989	1990	1991	1992	1993 ²⁾
Schulden, insgesamt ³⁾	1 373,2	1 411,3	1 518,4	1 605,9	1 662,2	1 770,1
dar.: extrem verschuldete Länder	706,5	720,3	759,0	781,4	774,9	792,1
andere auffällig belastete Länder	418,9	441,7	490,9	522,7	561,5	604,0
Umgeschuldete Verbindlichkeiten, insgesamt	85,0	36,7	79,0	32,7	54,9	.
dar.: extrem verschuldete Länder	70,8	31,2	54,2	29,5	53,1	.
andere auffällig belastete Länder	6,6	2,8	24,3	2,9	1,6	.
Schuldenabbau ⁴⁾ , insgesamt	16,5	24,9	37,7	10,2	18,1	.
dar.: extrem verschuldete Länder	11,8	16,4	29,5	7,1	15,0	.
andere auffällig belastete Länder	4,5	5,4	6,1	2,3	3,0	.
Fälliger Schuldendienst („SOLL“) nach Umschuldungen, insgesamt	252,5	256,7	288,6	291,1	294,9	278,1
dar.: extrem verschuldete Länder	133,8	145,6	162,5	164,7	170,5	151,1
andere auffällig belastete Länder	63,8	64,1	75,9	78,1	74,9	75,6
Zins- und Tilgungsrückstände	71,7	84,0	112,3	115,4	116,4	95,2
dar.: extrem verschuldete Länder	64,9	76,9	100,4	103,3	101,9	82,6
andere auffällig belastete Länder	3,7	4,3	8,7	8,7	12,8	11,8
Faktischer Schuldendienst („IST“)	180,8	172,7	176,3	175,7	178,5	182,9
dar.: extrem verschuldete Länder	68,9	68,7	62,1	61,4	68,6	68,5
andere auffällig belastete Länder	60,1	59,8	67,2	69,4	62,1	63,8

¹⁾ In der aktuellen Weltbank-Abgrenzung. — ²⁾ Erwartet. — ³⁾ Zum Jahresende. — ⁴⁾ Einschl. „buy-backs“; ohne erlassene Zinsen.
Quelle: Weltbank, World Debt Tables, 1993-94.

Kaum verringerte Schuldenlast

Mehr Aufmerksamkeit als die Höhe und Entwicklung der Schulden verdienen Ausmaß und Tendenzen der Schuldenlast, die im allgemeinen als Verhältnis von Schulden und Schuldendienst zum BSP und zum Export (Güter und Dienste) gemessen wird. Auf die Verringerung dieser Relationen, die im Laufe der achtziger Jahre ins Untragbare gestiegen sind, zielen nicht allein die neueren Instrumente des internationalen „Schuldenmanagements“, sondern auch die unverminderten Aktivitäten zur Rekonditionierung verbleibender Schulden. Seit 1988 wurden für die beiden Schuldnergruppen jahresdurchschnittlich knapp 60 Mrd. US-\$ umgeschuldet — gut 6 vH der Schulden besonders belasteter, gut 2 vH der Schulden anderer Problemländer. Darüber hinaus werden Verhandlungen und Maßnahmen zur Verringerung der Schuldenlast immer nachdrücklicher in den Dienst von Strukturanpassungspolitiken gestellt und sollen jenseits ihrer unmittelbaren Effekte auf die Schulden- und Fälligkeitsprofile auch indirekt, über eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Lei-

stung und der Exportkraft, zur Minderung der Schuldenlast beitragen.

Aber noch in den neunziger Jahren wuchsen die Verbindlichkeiten in den hier betrachteten Ländergruppen meist schneller als das Bruttosozialprodukt oder der Export:

- Das Verhältnis von Schulden zu BSP ist bei den extrem verschuldeten Ländern zwar von 1990 bis 1993 insgesamt etwas zurückgegangen, aber mit durchschnittlich 55 vH immer noch relativ hoch; für die besonders armen Länder in dieser Gruppe erreicht diese Relation sogar unverändert über 120 vH. Bei den weniger dramatisch verschuldeten Ländern hat das Gewicht der Schulden, bezogen auf das BSP, in den letzten Jahren zugenommen.
- Ein kaum anderes Bild ergibt sich für das Verhältnis der Schulden zum Export: Bei meist wachsender Diskrepanz zeigt sich für die besonders armen unter den höchstverschuldeten Ländern zwar eine gewisse Rückbildung dieser Relation; sie liegt aber immer noch

Indikatoren zur Schuldenlast verschiedener Ländergruppen, 1980 und 1990 bis 1993
in vH

Ländergruppen	1980	1990	1991	1992	1993 ¹⁾
Schulden/Bruttosozialprodukt					
Extrem verschuldete Länder	34,8	59,9	58,9	54,1	54,7
dar.: besonders arme Länder	39,5	121,9	124,7	113,8	120,8
weniger arme Länder	34,5	50,6	49,6	45,5	45,8
Andere auffällig belastete Länder	29,8	33,0	36,1	38,5	39,4
dar.: besonders arme Länder	20,6	38,9	44,9	47,6	48,3
weniger arme Länder	38,2	30,3	32,1	34,3	35,2
Relativ gering verschuldete Länder	15,9	19,5	21,2	21,3	25,4
Schulden/Export					
Extrem verschuldete Länder	147,0	323,3	343,0	326,0	318,4
dar.: besonders arme Länder	127,1	471,0	441,9	412,6	431,8
weniger arme Länder	153,6	290,2	317,6	303,3	291,1
Andere auffällig belastete Länder	95,4	183,0	197,0	203,2	212,3
dar.: besonders arme Länder	126,6	252,6	237,7	248,3	266,8
weniger arme Länder	85,0	156,6	178,0	182,4	187,3
Relativ gering verschuldete Länder	46,4	61,9	67,0	74,2	82,5
Schuldendienst SOLL ²⁾ / Export					
Extrem verschuldete Länder	24,4	69,2	72,3	71,7	60,7
dar.: besonders arme Länder	13,7	107,7	91,0	95,8	96,5
weniger arme Länder	28,2	60,5	67,5	65,4	52,1
Andere auffällig belastete Länder	13,5	28,3	29,5	27,1	26,6
dar.: besonders arme Länder	12,7	29,0	27,4	27,3	27,9
weniger arme Länder	13,8	28,0	30,4	27,0	26,0
Relativ gering verschuldete Länder	6,8	11,6	10,7	11,3	11,3
Schuldendienst IST/Export					
Extrem verschuldete Länder	23,4	26,4	27,0	28,9	27,5
dar.: besonders arme Länder	10,5	26,0	21,7	18,9	14,6
weniger arme Länder	27,1	26,5	28,3	31,5	30,6
Andere auffällig belastete Länder	13,4	25,0	26,2	22,5	22,4
dar.: besonders arme Länder	12,4	27,1	26,0	25,4	27,2
weniger arme Länder	13,7	24,3	26,3	21,1	20,3
Relativ gering verschuldete Länder	6,8	10,8	10,0	10,9	11,2

1) Erwartet. — 2) Einschl. Zins- und Tilgungsrückstände.

Quellen: Weltbank, World Debt Tables 1993-94; Berechnungen des DIW.

beträchtlich über 400 vH. Wie weit diese Länder von einer Normalisierung der Verhältnisse entfernt sind, verdeutlicht der Vergleich mit 1980, als der Wert noch knapp 130 vH betrug, die meisten Länder aber bereits auffällig verschuldet waren.

- Für diese besonders problematische Ländergruppe erscheint der Rückgang des geleisteten Schuldendienstes auf knapp 15 vH der Exporte nur auf den ersten Blick erfreulich. Die — nach Schuldenerleichterungen — immer noch verbleibenden Zins- und Tilgungsrückstände haben bei fast 72 vH der Exporte gelegen.

— Überfälliger Schuldendienst entwertet auch bei allen anderen Ländergruppen die Aussagekraft der faktischen Relation von Schuldendienst zu Export im Hinblick auf die tatsächliche Schuldenlast. Immerhin sind 1993 die Zins- und Tilgungsrückstände erstmals nicht mehr weitergewachsen, vielmehr deutlich zurückgegangen. Dies wirkt sich überwiegend auch in einer Minderung der Soll-Quoten von Schuldendienst zu Export aus — vielleicht ein Hinweis darauf, daß die Schuldenbelastung endlich ihren Höhepunkt überschritten hat.

Die Makrobedingungen für eine Rückbildung der Schulden- und Schuldendienstrelationen sind durchaus

Ländereinstufung nach Schuldenlast auf der Basis von Weltbank-Kriterien

Problemgruppen und -länder nach aktuellem Einstufungsmodus ¹⁾	Klassifizierung nach früherem Einstufungsmodus ²⁾			Problemgruppen und -länder nach aktuellem Einstufungsmodus ¹⁾	Klassifizierung nach früherem Einstufungsmodus ²⁾		
	1982	1988	1992		1982	1988	1992
Extrem verschuldete Länder (S) in Afrika				Malawi	S	S	M
Ägypten	M	M	M	Senegal	L	S	M
Algerien	L	M	M	Simbabwe	L	M	M
Angola	L ³⁾	L	S	Togo	M	S	L
Äquatorialguinea	S ³⁾	S	S	Tunesien	L	L	L
Äthiopien	L	M	S	Asien⁵⁾			
Burundi	L	S	S	Bangladesch	M	M	L
Elfenbeinküste	S	S	S	Indien	L	L	M
Ghana	L	S	S	Indonesien	L	M	M
Guinea-Bissau	M	S	S	Jemen	.	(M)	(S)
Kamerun	L	M	M	Malediven	.	L	L
Kenia	M	S	S	Nepal	L	L	L
Kongo	L	S	S	Pakistan	L	M	M
Liberia	L	S	(S)	Papua-Neuguinea	M	L	M
Madagaskar	S	S	(S)	Philippinen	S	S	M
Mali	L	S	S	Türkei	M	M	M
Marokko	S	S	S	Lateinamerika und Karibik			
Mauretanien	M	S	(S)	Chile	S	S	L
Mosambik	S ⁴⁾	S	S	Costa Rica	S	S	L
Niger	M	S	S	Dominikanische Republik	M	M	M
Nigeria	L	S	S	Guatemala	L	M	L
Ruanda	S	S	S	Kolumbien	M	M	M
Sambia	L	S	S	Uruguay	L	S	M
Sao Tomé und Príncipe	M	S	S	Venezuela	M ³⁾	S	M
Sierra Leone	M	S	(S)	Osteuropa und GUS			
Somalia	L	S	(S)	Russische Föderation	.	.	.
Sudan	S	S	S	Ungarn	M ³⁾	S	M
Tansania	M	S	S	Relativ gering verschuldete			
Uganda	L	M	S	Länder (L) in Afrika			
Zaire	M	S	(S)	Benin	L	S	L
Zentralafrikanische Republik	L	M	S	Botswana	L	L	(L)
Asien⁵⁾				Burkina Faso	L	L	L
Afghanistan	.	.	.	Kap Verde	L	M	M
Irak	.	.	.	Lesotho	L	L	L
Jordanien	L	L	M	Mauritius	L	L	L
Kambodscha	.	.	.	Namibia	.	.	.
Laos	L	L	.	Seychellen	L	L	L
Myanmar	M	S	(S)	Swasiland	L	L	L
Syrien	L	M	(S)	Tschad	L	L	M
Vietnam	.	(S)	(S)	Tschibuti	L ⁴⁾	L	L
Lateinamerika und Karibik				Asien⁴⁾			
Argentinien	S	S	S	Bhutan	L	L	L
Bolivien	S	S	S	China	L	L	L
Brasilien	S	S	S	Korea, Rep.	M	L	L
Ecuador	S	S	S	Libanon	.	L	L
Guayana	M	M	(S)	Malaysia	L	L	L
Honduras	M	S	S	Mongolei	.	.	L
Jamaika	M	M	M	Pazifische Inselstaaten ⁶⁾	L	L	L
Kuba	.	.	.	Sri Lanka	L	M	L
Mexiko	S	S	M	Thailand	L	L	L
Nikaragua	S	S	S	Lateinamerika und Karibik			
Panama	L	L	S	El Salvador	L	L	L
Peru	M	S	S	Haiti	L	L	L
Osteuropa und GUS				Paraguay	L	M	L
Albanien	.	.	M	andere Länder und Gebiete ⁷⁾	L	L	L
Bulgarien	L ³⁾	L	S	Osteuropa und GUS			
Polen	M ³⁾	S	S	Baltische Länder ⁸⁾	.	.	.
Weniger dramatische Problemfälle (M) in Afrika				(Ex-)CSFR	L ³⁾	L	L
Gabun	L	M	S	(Ex-)Jugoslawien	L	M	.
Gambia	M	M	L	Rumänien	L	L	L
Guinea	(S)	S	S	Ukraine	.	.	.
Komoren	L	S	S	Weißrußland	.	.	.
				9 andere Länder ⁹⁾	.	.	.

¹⁾ In den World Debt Tables 1993-94 definiert die Weltbank solche Länder als „severely indebted“ (S), bei denen im Durchschnitt der Jahre 1990-92 der Gegenwartswert („present value“, PV) künftig fälliger Schuldendienste auf der Basis der jeweils aktuellen Zins- und Tilgungspläne für alle kontrahierten Kredite 80 vH des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und/oder 220 vH der Exporte von Gütern und Diensten überschreiten. Länder, in denen keine dieser Relationen erreicht, aber zumindest bei einer der beiden 60 vH des kritischen Wertes überschritten wird, gelten als „moderately indebted“ (M), ansonsten als „less indebted“ (L). — Einige Länder, deren Zins- und Tilgungspläne der Weltbank nicht bekannt sind und für die sie deshalb den Schuldendienst nicht nach dem PV-Konzept diskontieren kann, klassifiziert sie auf der Basis von Jahresdurchschnitten 1989-91 weiterhin nach ihrem früheren Einstufungsmodus. — ²⁾ In früheren Ausgaben der World Debt Tables (1989-90 bis 1991-92) stufte die Weltbank Länder dann in die S-Kategorie ein, wenn mindestens drei von vier kritischen Relationen überschritten wurden: Schulden/BSP > 50 vH, Schulden/Export > 275 vH, fälliger Schuldendienst/Export > 30 vH, fällige Zinsen/Export > 20 vH. Länder, in denen bei mindestens drei dieser vier Indikatoren die kritischen Relationen zwar nicht voll, aber doch zu über 60 vH erreicht wurden, fielen in die M-Kategorie. — Eingeklammerte Merkmale wurden auf der Basis unvollständiger Angaben geschätzt. — ³⁾ 1985. — ⁴⁾ 1986. — ⁵⁾ Ohne die asiatischen GUS-Länder. — ⁶⁾ Fidisch, Salomonen, Tonga, Vanuatu, West-Samoa. — ⁷⁾ Barbados, Belize, Dominika, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent, Surinam, Trinidad und Tobago. — ⁸⁾ Estland, Lettland, Litauen. — ⁹⁾ Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Moldavien, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan.

Quellen: Weltbank, World Debt Tables 1993-94; Berechnungen des DIW.

gemischt. Mit dem neuerdings wieder steigenden internationalen Zinsniveau entfallen Entlastungseffekte, die die zuletzt extrem niedrigen Zinsen mit sich gebracht haben. In Lateinamerika könnte sich außerdem der beachtliche Kapitalstrom verringern, der in den vergangenen Jahren Großschuldnern nicht nur im Gefolge ihres tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Richtungswechsels, sondern auch wegen der relativ unattraktiven Anlageoptionen in den Industrieländern zugeflossen ist. In dem Maße, wie dieser Kapitalstrom abebbt, dürfte in Lateinamerika der in letzter Zeit wieder verstärkte Zuwachs an Auslandsschulden abflachen, könnte aber auch das dort nach langen Jahren wieder angesprungene Wirtschaftswachstum gebremst werden. In den meisten afrikanischen Ländern ist noch gar kein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht. Allgemein positive Effekte werden wiederum von der Überwindung der Rezession in den Industrieländern und der Belebung des Welthandels, erst recht nach dem Abschluß der Uruguay-Runde, erwartet. Eine schleppende Weltmarktnachfrage war vielfach ausschlaggebend für die unbefriedigende Entwicklung von Schulden und Schuldendienst im Verhältnis zu den Exporten.

Markant veränderte Länderpositionen

Je nach der spezifischen Konstellation lokaler wie internationaler Faktoren ist die Entwicklung für einzelne Länder auch bisher ganz unterschiedlich verlaufen. Bei einigen Ländern, die Ende der achtziger Jahre von der Weltbank noch als extrem verschuldet eingestuft wurden, haben sich die konventionellen Kennzahlen für die Schuldenlast seitdem bereits derart verringert, daß die Länder in dieser Hinsicht gänzlich unauffällig geworden (Benin, Chile, Costa Rica, Malawi, Senegal, Togo) oder doch deutlich weniger dramatisch verschuldet sind (Marokko, Mexiko, Philippinen, Ungarn, Uruguay, Venezuela). Von den seinerzeit „mäßiger verschuldeten“ Ländern wären nach gleichem Maßstab drei (Bangladesch, Gambia und Guatemala) inzwischen ebenfalls als gering belastet anzusehen.

Umgekehrt finden sich aber auch Länder, für die sich das Bild in den letzten Jahren noch verdüstert hat, sei es, daß sie zunächst als ziemlich unbelastet galten, inzwischen aber auffällig (Jordanien, Papua-Neuguinea, Tschad) oder sogar sehr problematisch geworden sind (Angola, Bulgarien, Panama), sei es, daß ihre Verschuldung schon vor wenigen Jahren als auffällig eingestuft wurde, inzwischen aber extreme Ausmaße angenommen hat (Äthiopien, Gabun, Guayana, Jemen, Syrien, Uganda, Zentralafrikanische Republik).

Allerdings sieht man den konventionellen Indikatoren für die *bisherige* Höhe und Entwicklung der Schuldenlast nicht an, wie diese sich in den *kommenden* Jahren entwickeln wird: Abhängig von den spezifischen Zins- und Tilgungsprofilen können „nominal“ gleich hohe Schulden zu ganz unterschiedlicher Höhe und Abfolge des Schuldendienstes führen.

Dies hat die Weltbank dazu veranlaßt, sich bei der Klassifikation der Schuldnerländer neuerdings nicht mehr an Schulden- und Schuldendienstindikatoren für abgelaufene Jahre zu orientieren, sondern statt dessen am Gegenwartswert aller künftigen Schuldendienste („present value of future debt service“), mit dem nun auch unterschiedliche Zuschußelemente in die Betrachtung eingehen.

Mehr auffällig belastete Länder

Für die Mehrzahl der Länder führt diese Revision der Kriterien zu keiner anderen Einstufung als zuvor, im übrigen allerdings häufiger zu einem problematischeren Bild:

- Nur sechs Länder erscheinen unter diesem Blickwinkel weniger auffällig als nach dem früher verwendeten Maßstab (Gabun, Guinea, Jemen, Kapverden, Komoren und Tschad);
- neun Länder, darunter Chile, Costa Rica, Guatemala und Tunesien, die sonst als nur noch gering belastet einzustufen wären, wirken jetzt doch noch nicht gänzlich unauffällig;
- weitere neun Länder erscheinen als extrem belastet, obwohl sie nach herkömmlichem Standard nicht oder nicht mehr zu dieser Gruppe rechnen. Bemerkenswerterweise zählen dazu auch Ägypten und Mexiko, trotz aller gerade auch ihnen gewährten Schuldenerleichterungen.

Ferner führt die Weltbank inzwischen — ohne Angabe von Kennzahlen — Afghanistan, Irak, Kambodscha und Kuba, die zuvor nicht klassifiziert wurden, als extrem verschuldet auf und bezieht jetzt auch die GUS-Länder und die baltischen Staaten in die Betrachtung ein. Von diesen neuen Ländern wird lediglich die Russische Föderation als auffällig bezeichnet und dabei auch nur zu den mittelschwer belasteten Ländern gerechnet. Noch gar nicht klassifiziert werden die Länder des ehemaligen Jugoslawien, dessen Schuldenlage sich vor seinem Zerfall positiv entwickelt hatte, während die jetzigen Verhältnisse wohl eher in die andere Richtung weisen.

Insbesondere die Beispiele der Russischen Föderation auf der einen, Chiles und Mexikos auf der anderen Seite zeigen, daß auch das aktuelle, auf künftige Schuldenlastentwicklung abhebende Weltbank-Verfahren zur Klassifizierung der Schuldnerländer keineswegs hinlänglich Aufschluß darüber gibt, inwieweit den belasteten Ländern tatsächlich Probleme aus den Auslandsschulden erwachsen. Während die Schuldenprobleme der Russischen Föderation sich zuspitzen und damit zu rechnen ist, daß Probleme auch auf andere östliche Reformländer mit statistisch bisher gänzlich unauffälliger Verschuldung zukommen, steht die anhaltend hohe Schuldenlast in den meisten lateinamerikanischen Ländern deren gesamtwirtschaftlicher Konsolidierung und Reaktivierung offenbar immer weniger entgegen. Dort und auch anderswo haben Schuldenkrise und internationales Schuldenmanagement sogar entscheidende Anstöße zu Strukturreformen vermittelt, die

eine nachhaltige Bewältigung der Schuldenprobleme zwar noch längst nicht gewährleisten, aber doch verheißen.

Solche „heilsamen“ Effekte, die für die afrikanischen Länder zudem weitgehend noch ausstehen, dürfen aber nicht die folgenschwere entwicklungspolitische Fehlleistung vergessen machen, die im Ausbruch der internationalen Schuldenkrise und ihrer nun schon fast zwölf-

jährigen Dauer zutage getreten ist: Weil Auslandskapital, das nach den gängigen Postulaten und Strategien dazu beitragen sollte, Grundprobleme wie Armut, Ressourcenknappheit und infrastrukturelle Engpässe zu überwinden, übermäßig in Form von Krediten zu unrealistischen Konditionen zur Verfügung gestellt wurde, ist für eine ständig gestiegene Zahl von Ländern ein zusätzliches Langfristproblem entstanden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands — Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone?

Vierter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle. —
Internationale Schuldenkrise: Partielle Entspannung, mehr Problemfälle. Bearbeitet von Hans J. Petersen.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304